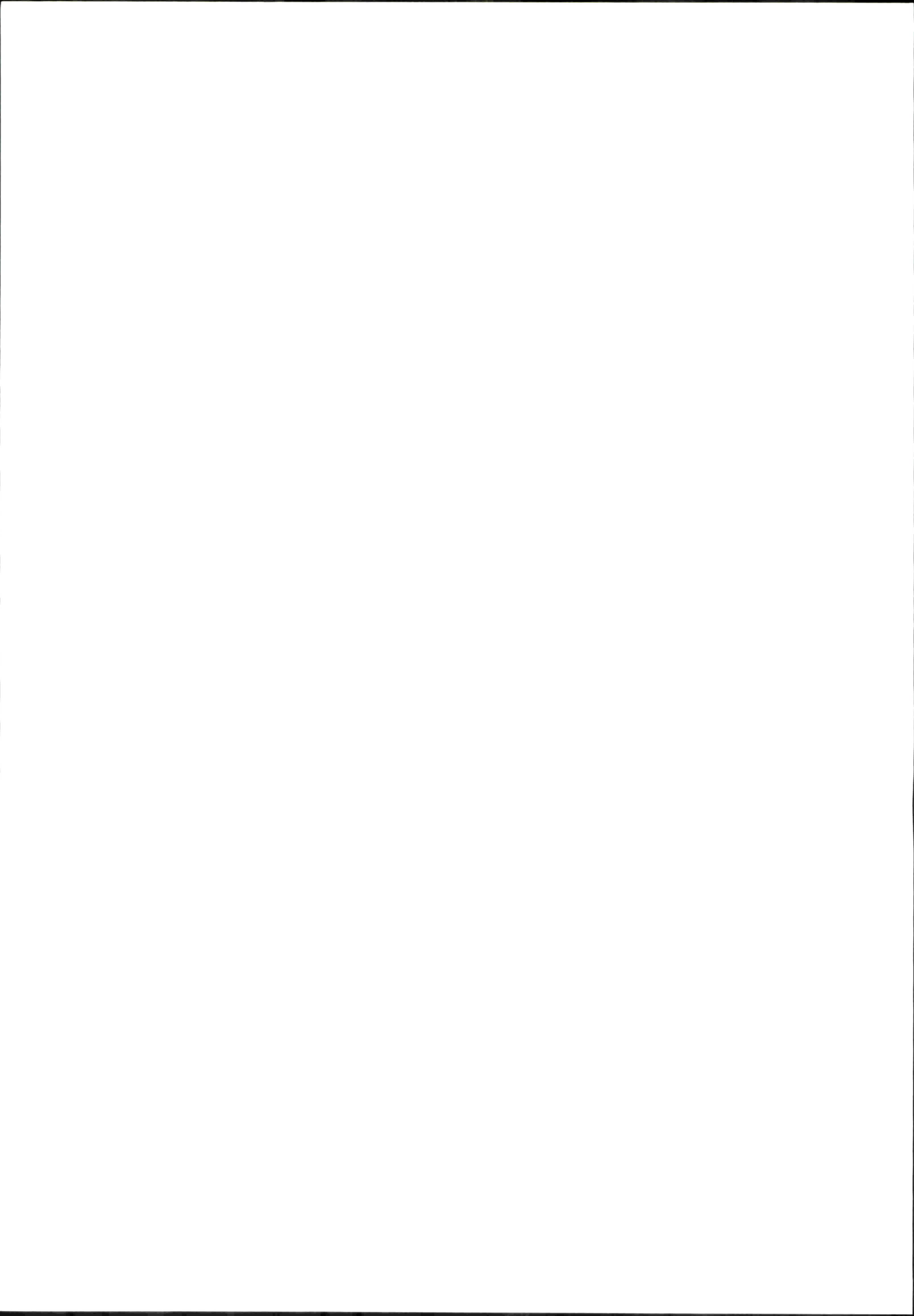


# **Bericht der Bundesgeschäftsstelle**

**Anlage zum Bericht  
des Generalsekretärs  
31. Bundesparteitag  
25./26. Mai 1983 · Köln**





BERICHT

DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Anlage zum Bericht des Generalsekretärs

31. BUNDESPARTEITAG

25./26. Mai 1983 in Köln



# I n h a l t

Vorwort	5
1. <u>Parteigremien</u>	7
1.1. Präsidium	7
1.2. Bundesvorstand	7
1.3. Bundesausschuß	7
1.4. Landesgeschäftsführerkonferenz	9
1.4.1. Kommission Parteiarbeit	9
1.4.2. Kommission Parteiorganisation	12
1.5. Bundesfachausschüsse	12
1.6. Kommissionen	30
1.6.1. Zukunftskommission "Soziale Sicherheit"	30
1.6.2. Zukunftskommission Jugend	31
1.6.3. Koordinierungsausschuß für Medienpolitik der CDU/CSU	32
1.7. Bundesparteigericht	34
1.8. Europa-Wahlkampf-Kommission	34
2. <u>Veranstaltungen und Aktionen</u>	35
2.1. 30. Bundesparteitag	35
2.1.1. Jugendansprache	35
2.1.2. programmatische Arbeit	36
2.1.3. Auswirkungen des Parteitages	36
2.2. Groß-Demonstration 05.06.82	37
2.3. Kongresse	38
2.3.1. Ausländerkongreß	38
2.3.2. Friedenskongreß	40
2.3.3. Rechtspolitischer Kongreß	42
2.4. Konrad-Adenauer-Haus-Gespräche	43
2.4.1. Die Aufgabe der Parteien	44
2.4.2. Kultur für die Stadt	45
2.5. Ausstellungen	46
2.5.1. Zum Jahr der Behinderten	46
2.5.2. Solidarnosc	47

3.	<u>Dienstleistungen der Bundesgeschäftsstelle</u>	49
3.1.	Broschüren, Flugblätter, sonstige Werbemittel	49
3.2.	Pressearbeit	53
3.2.1.	Sprecher der CDU	53
3.2.2.	periodische Publikationen	55
3.3.	Aufbau eines elektronischen Kommunikationssystems	59
3.4.	Unterstützung von Landtagswahlkämpfen	64
4.	<u>Mitgliederentwicklung</u>	68
5.	<u>Wahlergebnisse und Mandatsverteilungen seit 1981 in Ländern und Kommunen</u>	76

## Vorwort

Der Geschäftsbericht der Bundesgeschäftsstelle gibt einen Überblick über die Aktivitäten und Dienstleistungen des Konrad-Adenauer-Hauses. In den Berichtszeitraum seit 1981 fallen zwei herausragende Ereignisse:

- Der 30. Bundesparteitag in Hamburg, der mit 2700 Teilnehmern der größte Partei-Kongreß der Nachkriegsgeschichte war.
- Die Rückkehr der CDU in die Regierungsverantwortung und die überzeugende Bestätigung durch den Wähler am 6. März 1983.

Über Anlage, Inhalt und Verlauf des Wahlkampfes gibt der gesondert vorgelegte Wahlkampfbericht Auskunft. Es verdient festgehalten zu werden, daß auf Grund einmaliger Konstellationen innerhalb von vier Jahren drei Wahlkämpfe auf Bundesebene zu führen waren.

Der vorliegende Bericht macht die verschiedenartige Fülle der Aufgaben deutlich, die heute von einer modernen Parteiorganisation zu bewältigen sind. Obwohl die Zahl der ständigen Mitarbeiter auf den Stand von 1972 zurückgeführt wurde, gilt die CDU-Bundesgeschäftsstelle unbestritten als die leistungsfähigste Parteizentrale.

Die erfolgreiche Arbeit der Bundesgeschäftsstelle wäre nicht möglich gewesen ohne den unermüdlichen Einsatz ihrer Mitarbeiter, die, vor allem in Wahlkampfzeiten, weit über das im Rahmen eines Beschäftigungsverhältnisses übliche Maß hinaus engagiert waren. Ihnen sei an dieser Stelle ein sehr herzliches Wort des Dankes und der Anerkennung gesagt.

Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die CDU ist ein neues Kapitel in der Geschichte der Partei aufgeschlagen worden. Auch das Konrad-Adenauer-Haus tritt damit in eine neue Phase seiner Aktivitäten: Die CDU wird als stärkste Regierungspartei die Arbeit der Regierung unterstützen, indem sie die programmatische Komponente christlich-demokratischer Politik unterstreicht und die organisatorische Schlagkraft erhöht.

Die CDU ist für die Bürger zum Hoffnungsträger geworden. In den vor uns liegenden Jahren gilt es, durch gemeinsame Arbeit dieses Vertrauen zu rechtfertigen und der großen Verantwortung gerecht zu werden.

Bonn, im Mai 1983



Dr. Heiner Geißler  
Generalsekretär



Peter Radunski  
Bundesgeschäftsführer



1. Parteigremien

1.1. Präsidium

Im Berichtszeitraum trat das Präsidium zu 31 Sitzungen zusammen. Es führte überdies eine Reihe von Kontaktgesprächen mit Verbänden, Gewerkschaften und kirchlichen Institutionen.

1.2. Bundesvorstand

Der Bundesvorstand trat zu 21 Sitzungen zusammen.

1.3. Bundesausschuß

Der Bundesausschuß trat im Berichtszeitraum zu drei Sitzungen zusammen.

15.6.1981 - Verabschiedung der Resolution "Für Frieden und Freiheit"

10.5.1982 - Verabschiedung der "Berliner Erklärung"

u.a. Grundsatzreferat zu aktuellen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik aus amerikanischer Sicht: Helmut Sonnenfeldt, Brookings Institut, Washington D.C.

7.12.1982 - (1. Sitzung nach dem Regierungswechsel  
in Bonn)

Vorbereitung der Bundestagswahl vom  
6.3.1983

+ Bericht des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, zur politischen Lage

+ Bericht des Generalsekretärs, Bundesminister Dr. Heiner Geißler, zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes

Wegen der Bedeutung des Bundesausschusses als wichtigstes Diskussionsforum vor der Bundestagswahl am 6.3.1983 wurde lt. Beschluß des Bundesvorstandes der CDU der Teilnehmerkreis über die Bundesausschußdelegierten und Mitglieder des erweiterten Bundesvorstandes hinaus auf folgende Mandats- und Funktionsträger der Partei erweitert:

- Bundestagsabgeordnete der CDU
- Europaabgeordnete der CDU
- Präsidenten und Vizepräsidenten der Landesparlamente, die der CDU angehören
- Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktionen
- Mitglieder der geschäftsführenden Vorstände der CDU-Landesverbände
- Bundesvorsitzende der Vereinigungen der CDU
- Bundesgeschäftsführer der Vereinigungen der CDU
- Generalsekretäre und Landesgeschäftsführer der Landesverbände der CDU
- Kreisvorsitzende
- Kreisgeschäftsführer
- Mitglieder des Bundesparteigerichts

Die Sitzung, die unter dem Motto "Mit uns aus der Krise" stand, fand öffentlich unter Beteiligung von Presse, Rundfunk und Fernsehen statt.

#### 1.4. Landesgeschäftsführerkonferenz

Die Landesgeschäftsführerkonferenz trat im Berichtszeitraum zu 14 Sitzungen zusammen.

Die Landesgeschäftsführerkonferenz hat am 13. Mai 1981 die Einsetzung der Kommissionen

1. "Neue Formen der Parteiarbeit" und
  2. "Parteiorganisation"
- beschlossen.

Die Aufgabe dieser Kommissionen war es, Vorschläge für neue Formen der Parteiarbeit und zum weiteren Ausbau der Parteiorganisation zu erarbeiten.

Die Arbeit der Kommissionen sind mittlerweile abgeschlossen und stellen sich wie folgt dar:

##### 1.4.1. Kommission "Neue Formen der Parteiarbeit"

###### 1. Unterkommission "Spitzenpolitikerveranstaltungen"

Die Aufgabe der Kommission bestand darin, die bereits praktizierten Veranstaltungsformen zu untersuchen und weiterzuentwickeln. Die Mitglieder der Unterkommission haben im November 1982 einen Ergebnisbericht vorgelegt, der Grundlage für die Neuüberarbeitung des Regiebuches "Öffentliche Veranstaltungen" ist.

Schwerpunkte des Ergebnisberichts liegen in den Bereichen:

- Kundgebung mit begleitenden Elementen
- Großveranstaltung mit Dialogmöglichkeiten
- Veranstaltungen unter freiem Himmel
- Maßnahmen zur Teilnehmerwerbung
- Begleitende Maßnahmen

## 2. Unterkommission "Zielgruppen"

Die Arbeit der Unterkommission unterteilte sich in die Bereiche

- Zielgruppenarbeit auf nationaler Ebene und
- Zielgruppenarbeit auf örtlicher Ebene.

### Zielgruppenarbeit auf nationaler Ebene

Vertreter der führenden deutschen Meinungsforschungsinstitute berichteten den Kommissionsmitgliedern über neue wissenschaftliche Erkenntnisse auf dem Gebiet der Zielgruppenforschung. Aufgrund dieser Berichte und der bisherigen Arbeit der Unterkommission wurde folgender Beschluß gefaßt: "Die Unterkommission spricht einstimmig die Empfehlung aus, daß im Bereich der Zielgruppenarbeit auf nationaler Ebene ein Forschungsvorhaben durchgeführt wird." Als Ansatz ist dafür ein Papier erarbeitet worden.

### Zielgruppenarbeit auf örtlicher Ebene

Im Bereich der Zielgruppenarbeit auf örtlicher Ebene wurden Vorschläge erarbeitet, die Eingang in das "Handbuch für die Ortsverbandsarbeit" fanden.

### 3. Unterkommission "Ortsverbandsarbeit"

Die Unterkommission "Ortsverbandsarbeit" beschäftigte sich intensiv mit der erfolgreichen Arbeit der CDU-Ortsverbände. Im Rahmen dieser Arbeit wurde das "Handbuch für die Ortsverbandsarbeit" erstellt, das mittlerweile den Gliederungen der Partei vorliegt.

Das Handbuch unterteilt sich in folgende Bereiche:

- Die Position des Ortsverbandes in der CDU,
- Öffentlichkeitsarbeit,
- Pressearbeit,
- CDU-Zeitung,
- Öffentliche Veranstaltungen,
- Aktionsplanung und Durchführung,
- Zielgruppenarbeit,
- Wahlkämpfe,
- Mitgliederwerbung,
- Aktionsvorschläge und
- Arbeitshilfen.

### 4. Unterkommission "Massenverteilungsmittel"

Ausgehend von den Bedürfnissen der Parteigliederungen wurde der Gesamtkomplex der Massenverteilungsmittel durch die Unterkommission in die Teilbereiche:

- Massenverteilungsmittel als Kampagnenmaterialien im Wahlkampf und
- Massenverteilungsmittel als ständige Informationsmaterialien der Partei aufgeteilt.

Die Arbeitsergebnisse wurden in einem Bericht zusammengestellt und fanden im Bundestagswahlkampf 1983 Berücksichtigung.

Der Ergebnisbericht der Unterkommission unterteilt sich in folgende Bereiche:

- Massenverteilungsmittel im Straßencanvassing,
- Massenverteilungsmittel zur Hausverteilung und
- Unterstützung von regionalen CDU-Zeitungen.

1.4.2. Über die Arbeit der Kommission "Verbesserung der Parteiorganisation" wird in Abschnitt 3.5 berichtet.

## 1.5. Bundesfachausschüsse

### 1.5.01 Bundesfachausschuß Innenpolitik

Vors.: Ministerpräsident Dr. Uwe Barschel MdL

Anzahl der Sitzungen: 5

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Thesen der CDU für die innere Sicherheit
- Beteiligung der Gemeinden an der Mehrwertsteuer
- Konzept der CDU zur Ausländerpolitik
- Konzept der CDU zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Entwicklung der öffentlichen Personalkosten
- Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst
- Reform des öffentlichen Dienstes
- Prinzip der Aktenöffentlichkeit im öffentlichen Dienst

Arbeitsgruppen:

- Innere Sicherheit

Vors.: Dr. Karl-Heinz Schmitz Mda

Anzahl der Sitzungen: 7

- Ausländerpolitik

Vors.: OB Dr. Hans-Joachim Jentsch

Anzahl der Sitzungen: 4

- Beteiligung der Gemeinden an der Mehrwertsteuer

Vors.: Robert Wagner MdL

Anzahl der Sitzungen: 4

- Kommunalpolitik

Vors.: Gerulf Herzog

Anzahl der Sitzungen: 4

1.5.02 Bundesarbeitskreis Christlich Demokratischer  
Juristen (BACDJ)

Vors.: Staatsminister Friedrich Vogel, MdB

Mitgliederversammlungen: 2

Sitzungen von Vorstand und Koordinierungsausschuß: 6

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Rechts- und Justizpolitisches Programm der  
CDU/Kieler Grundsätze zur Rechtspolitik
- Stellungnahme zur nichtehelichen Lebensgemeinschaft

- Stellungnahme zur Thematik der Abteilung Familienrecht des 54. Deutschen Juristentages 1982 "Soll die Rechtsstellung der Pflegekinder unter besonderer Berücksichtigung des Familien-, Sozial- und Jugendrechts neu geregelt werden?"
- Reformierte Klassische Juristenausbildung, Thesen und Gesetzentwurf zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes
- Thesen der CDU zur Beschleunigung und Vereinheitlichung der Verfahren in den öffentlich-rechtlichen Gerichtsbarkeiten (aktualisierte Fassung des Beschlusses vom 20.12.1979 und Thesen zu Sofortmaßnahmen).

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Thematik der Abteilung Strafprozeß des 54. Deutschen Juristentages 1982 "Empfiehl es sich, die Vorschriften über die Öffentlichkeit des Strafverfahrens neu zu gestalten, insbesondere zur Verbesserung der Rechtsstellung des Beschuldigten weitere nicht-öffentliche Verfahrensgänge zu entwickeln?"
- Thematik der Abteilung Sanierung von Unternehmen des 54. Deutschen Juristentages 1982 "Möglichkeiten der Sanierung von Unternehmen durch Maßnahmen im Unternehmens-, Arbeits-, Sozial- und Insolvenzrecht".
- Initiative für einen Europäischen Arbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (EACDJ)

Fachkommissionen:

- Rechts- und Justizpolitisches Programm  
Vors.: Präsident des Oberlandesgerichts  
Dr. Eberhard Kuthning  
Anzahl der Sitzungen: 6



- Ehe- und Familienrecht  
Vors.: Prof. Dr. Wilfried Schlüter  
Anzahl der Sitzungen: 5
  
- Juristenausbildung  
Vors.: Staatsminister Dr. Karl Hillermeier, MdL  
Staatsminister Dr. Gustl Lang, MdL  
Anzahl der Sitzungen: 9
  
- Verbraucherschutz  
Vors.: Staatsminister Dr. Karl Hillermeier, MdL  
Staatsminister Dr. Gustl Lang, MdL  
Anzahl der Sitzungen: 0
  
- Zukunftsprobleme der Rechtspolitik  
Vors.: Minister für Bundesangelegenheiten und  
Justizminister Dr. Henning Schwarz, MdL  
Anzahl der Sitzungen: 3
  
- Dritter Rechtspolitischer Kongreß  
Vors.: Staatsminister a.D. Dr. Otto Theisen, MdL  
Anzahl der Sitzungen: 4
  
- Kriminalpolitik  
Vors.: Staatsminister a.D. Prof. Dr. Hans-Dieter  
Schwind  
Anzahl der Sitzungen: 2
  
- Beschleunigung und Vereinheitlichung der Verfahren  
in den öffentlich-rechtlichen Gerichtsbarkeiten  
Vors.: Staatsminister Prof. Dr. Heribert Bickel  
Anzahl der Sitzungen: 1
  
- Jugendstrafvollzug  
Vors.: Justizminister Dr. Heinz Eyrich, MdL  
Anzahl der Sitzungen: 1

### 1.5.03 Bundesfachausschuß Sport

Vors.: Dr. Wolfgang Schäuble MdB

Anzahl der Sitzungen: 6

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

- Positionspapier zum Stand der Förderung des Spitzensports in der Bundesrepublik Deutschland
- Förderung des Vereinssports

Folgende Themen wurden behandelt:

- Aggressionen und Gewalt im Sport
- Situation des Leistungssports
- Sport und Medien
- Sport der ausländischen Mitbürger
- Internationale Sportbeziehungen
- Einbeziehung des Sports in die Weiterbildungsgesetze der Kommunalen Sportförderung bei knappen Kassen
- Olympiade 1984

Der Bundesfachausschuß führte Gespräche mit Sportverbänden zu den Themen:

- Internationale Sportpolitik
- Probleme des Hochschulsports

Der Bundesfachausschuß führte ein Hearing zum Thema "Chancen und Gefahren des Sports für Behinderte" durch.

Arbeitsgruppe Leistungssport:

Vors.: Michael Sauer

Anzahl der Sitzungen: 3

#### 1.5.04 Bundesfachausschuß Kulturpolitik

Vors.: Kultusminister Dr. Peter Bendixen MdL

Anzahl der Sitzungen: 8

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Gesamtschule
- Neuordnung der Hochschulzulassung
- Förderung der Hauptschule
- Ausländische Kinder und Jugendliche im Bildungswesen

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- bildungspolitische Aussagen des 30. Bundesparteitages
- Ausbildungsplatzsituation
- Beschäftigungssituation von Hochschulabsolventen
- Bundesausbildungsförderungsgesetz
- gymnasiale Oberstufe
- Bildungsgesamtplan

Es wurden Gespräche geführt mit:

- Deutscher Lehrerverband
- Deutscher Philologen-Verband
- Verband Deutscher Realschullehrer
- Bundesverband Deutscher Privatschulen e.V.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- Deutscher Volkshochschulverband

### Unterkommissionen

- Reform des Zulassungsverfahrens zum Hochschulstudium

Vors.: Staatssekretär P.H. Piazolo

Anzahl der Sitzungen: 2

- Ausländische Kinder und Jugendliche im Bildungswesen

Vors.: Parl. Staatssekretär A. Pfeifer MdB

Anzahl der Sitzungen: 2

- Inhaltliche Ausgestaltung des Medizin-Studiums

Vors.: Staatssekretär P.H. Piazolo

Anzahl der Sitzungen: 0

### 1.5.05 Bundesfachausschuß Jugendpolitik

Vors.: Parl. Staatssekretärin Irmgard Karwatzki MdB

Anzahl der Sitzungen: 8

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Beitrag zum "Konzept der CDU zur Ausländerpolitik"
- Beitrag zu einem jugendpolitischen Programm der CDU:  
"Jugend in einer freien und solidarischen Gesellschaft"

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Vorbereitende Arbeiten zum 30. Bundesparteitag
- Enquête-Kommission "Jugendprotest" des Deutschen Bundestages

- Novellierung des Jugendschutzgesetzes
- Neuregelung des Zivildienstes
- Aspekte der Jugendaussprache im Wahlkampf

#### Unterkommission

zur Erstellung eines jugendpolitischen Programms

Vors.: Parl. Staatssekretär Otto Bernhardt MdL

Anzahl der Sitzungen: 4

#### 1.5.06 Bundesausschuß Wirtschaftspolitik

Vors.: Minister Dr. Jürgen Westphal MdL

Anzahl der Sitzungen: 6

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Steuerpolitisches Programm
- Programm zur Förderung des technischen Fortschritts

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- Sanierung der Staatsfinanzen
- Investitionshemmnisse
- Vermögensbildung
- Job-sharing
- Existenzgründungen
- Konkursentwicklung
- Ausbildungsplatzsituation

#### Unterausschuß Forschung, Technologie und Innovation

Vors.: Christian Lenzer MdB

Anzahl der Sitzungen: 5

1.5.07 Bundesausschuß "Städte- und Wohnungsbau"

Vors.: Parl. Staatssekretär Dr. Friedrich-Adolf  
Jahn MdB

Anzahl der Sitzungen: 7

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Beschlüsse zu den auf dem 29. Bundesparteitag in Mannheim an den Bundesausschuß überwiesenen Anträgen zur Wohnungsbaupolitik

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Lösungsansätze zu den Problembereichen Bodenrecht und Städtebau
- Analyse der Wohnungsmarktsituation in Ballungsgebieten
- Änderung des Mietrechts
- Probleme des Kündigungsschutzes
- Analyse des Kriteriums der Gemeinnützigkeit öffentlicher Wohnungsbauunternehmen
- Novellierung des Bundeskleingartenrechts

Gespräche mit Verbänden:

- Hearing zur Novellierung des Bundeskleingartenrechts mit Vertretern des Bundesverbandes Deutscher Gartenfreunde und Vertretern der kommunalen Spitzenverbände

1.5.08 Bundesausschuß "Verkehrspolitik"

Vors.: Parl. Staatssekretär Dr. Dieter Schulte MdB

Anzahl der Sitzungen: 8

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

- CDU-Leitsätze zum öffentlichen Personennahverkehr

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Lösungsansätze zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (vgl. Leitsätze zum ÖPNV)
- Diskussion der aktuellen Verkehrspolitik
- Novellierung des Bundesbahngesetzes
- Problematik von Verkehrsprognosen
- Probleme des Fahrradverkehrs

Gespräche mit Verbänden:

- Zur Problematik von Verkehrsprognosen hörte der Ausschuß einen Vertreter des IFO-Instituts, München
- Zur Problematik des ÖPNV hörte der Ausschuß Herrn Prof. Dr. Aberle sowie die Herren Prof. Dr. Girnau und Dr. Fromm vom Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe
- Zu Problemen des Fahrradverkehrs nahm Dr.-Ing. Pfundt von der Beratungsstelle für Schadensverhütung des HUK-Verbandes Stellung
- Zu den Problemen des Nahverkehrs im ländlichen Raum hörte der Ausschuß den Landrat des Hohenlohe-Kreises, Dr. Susset

1.5.09 Bundesausschuß Energie und Umwelt

Vors.: Bundesminister Dr. Heinz Riesenhuber, MdB

Anzahl der Sitzungen: 4

Folgende Themen wurden behandelt:

- Energie- und Umweltprobleme in den Entwicklungsländern
- Lösungsansätze zum Spannungsfeld Ökologie/Ökonomie
- Einsatzmöglichkeiten kleiner Kernreaktoren
- Saurer Regen und Waldsterben

Gespräch mit dem Rat von Sachverständigen für Umweltfragen

- zum Gutachten "Energie und Umwelt" vom März 1981
- zu künftigen Aufgabenmöglichkeiten und Grenzen der Umweltpolitik

1.5.10 Bundesausschuß für Agrarpolitik der CDU

Vors.: Minister Gerhard Weiser MdL

Anzahl der Sitzungen: 3

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Ergänzung und Erweiterung des Agrarprogramms der CDU und der CSU; Kurzfassung für Bundestagswahl



Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- agrarpolitische Lage im Bundesgebiet und der EG
- Agrarsozialpolitik und ihre Auswirkungen infolge höherer Belastung landwirtschaftlicher Betriebe
- Steuergerechtigkeit innerhalb der Landwirtschaft
- Einführung eines Agrarkredits anstelle des Einzelbetrieblichen Förderungsprogramms

Arbeitskreis:

Ein Arbeitskreis wurde eingesetzt, um die Fortschreibung des Agrarprogramms der CDU und der CSU zu erarbeiten; Abstimmung erfolgte mit der CSU.

#### 1.5.11 Bundesfachausschuß Sozialpolitik

Vors.: Adolf Müller (Remscheid) MdB

Anzahl der Sitzungen: 6

Folgende Themen wurden behandelt:

- Stellungnahme der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu den finanzpolitischen Beschlüssen der alten Bundesregierung vom 3. September 1981 und den darin enthaltenen Sparvorschlägen der CDU/CSU
- Krankenversicherungs-Ergänzungsgesetz
- Entwurf einer Zumutbarkeitsanordnung des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit
- Spezielle Probleme der Rentenversicherung: Krankenversicherungsbeitrag der Rentner, Anerkennung von Erziehungszeiten im Rahmen der Rentenreform 1984, Harmonisierung der Altersversorgungssysteme

- Struktur der gesetzlichen Krankenversicherung, Personenkreis und Versicherungspflicht, Leistung der gesetzlichen Krankenversicherung
- Begleitgesetze zum Bundeshaushalt 1983
- Novellierung des Schwerbehindertengesetzes
- Absicherung des Pflegefallrisikos

Unterkommissionen:

- Arbeitsmarkt  
Vors.: Adolf Müller (Remscheid) MdB  
Anzahl der Sitzungen: 1
- Rentenversicherung  
Vors.: Heinz Franke MdB  
Anzahl der Sitzungen: 1
- Krankenversicherung  
Vors.: Walter Quartier  
Anzahl der Sitzungen: 4
- Soziale Umwelt und Behinderte  
Vors.: Gerhard Braun MdB  
Anzahl der Sitzungen: 2

1.5.12 Bundesausschuß "Gesundheitspolitik"

Vors.: Prof. Dr. med. Fritz Beske

Anzahl der Sitzungen: 7

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Konzertierte Aktion (Stellungnahme)
- Schaffung eines Bundesgesundheitsministeriums

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Ärztliche Ausbildung
- Krankenhausfinanzierung
- Weiterentwicklung der Krankenversicherung

Zum Thema Reform der ärztlichen Ausbildung wurden Vertreter der Ärztlichen Landesorganisationen gehört.

#### 1.5.13 Bundesfachausschuß Familienpolitik

Vors.: Rita Waschbüsch MdL

Anzahl der Sitzungen: 8

Zu folgenden Themen wurden Stellungnahmen verabschiedet:

- Familie und Arbeitswelt
- Nichteheliche Lebensgemeinschaften
- Familienpolitische Leitsätze der CDA
- Entwurf eines Jugendschutzgesetzes

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Familienlastenausgleich
- Familienrelevante Sparbeschlüsse
- Aktualisierung der Bilanz der kinder- und familienfreundlichen Politik der CDU in Bund und Ländern

### Gespräche mit Verbänden:

- Bundesverband der Pflege- und Adoptiveltern
- Deutscher Familienverband
- Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen
- Familienbund der Deutschen Katholiken
- Verband alleinstehender Mütter und Väter
- Bund der Familienverbände

### 1.5.14 Bundesfachausschuß Außen- und Deutschlandpolitik

Vors.: Staatsminister Dr. Alois Mertes, MdB

Anzahl der Sitzungen: 8

Folgende Themen wurden beraten:

- Stellungnahme und ergänzende Anregungen zum Entwurf des Leitantrags des CDU-Bundesvorstandes zum 30. Bundesparteitag in Hamburg
- Lage und politische Entwicklung in der Türkei
  - Deutschlandpolitisches Aktionsprogramm der CDU
  - Analyse der Entwicklung in Polen
  - Anregungen zur Friedensdiskussion vor dem Hintergrund der von Prof. Biedenkopf vorgelegten Thesen vom Oktober/November 1981
  - Zur Fortentwicklung der europäischen Integration

### Unterkommissionen:

- Arbeitsgruppe Friedenssicherung durch Abschreckung und Abrüstung

Vors.: Dr. Alois Mertes, MdB

Anzahl der Sitzungen: 2

- Arbeitsgruppe Europäische Integration

Vors.: Elmar Brok, MdEP

Anzahl der Sitzungen: 3

- Arbeitsgruppe Ost- und Deutschlandpolitik

Vors.: Prof. Dr. Werner Weidenfeld

Anzahl der Sitzungen: 2

#### 1.5.15 Bundesfachausschuß Sicherheitspolitik

Vors.: Harm Dallmeyer, MdB (verstorben am  
11. 4. 1983)

Anzahl der Sitzungen: 10

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Stellungnahme zum Thesenpapier Prof. Biedenkopf vom 17. November 1981
- Entwurf zur Berliner Erklärung vom 10. Mai 1982

Folgende Themen wurden außerdem behandelt:

- Stellungnahme und ergänzende Anregungen zum Entwurf des Leitantrages des CDU-Bundesvorstandes zum 30. Bundesparteitag in Hamburg
- Die aktuelle Friedensdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland
- Zur Frage der Neuregelung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung
- Frauen in der Bundeswehr
- Der Einfluß neuer Waffentechnologien auf Strategie und Sicherheitspolitik

- Politische Bildung in der Bundeswehr
- Stand der Wiener MBFR-Verhandlungen
- Aspekte der Zivilverteidigung

#### 1.5.16 Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik

Vors.: Senator Elmar Pieroth, MdA

Anzahl der Sitzungen: 8

Zu folgenden Themen wurden Beschlüsse gefaßt:

- Soziale Marktwirtschaft in Entwicklungsländern
- Fragenkatalog für den Dialog mit Nicht-Regierungs-Organisationen
- Strukturelle (politische, soziale und kulturelle) Bedingungen für Entwicklung
- Kriterien für die Vergabepolitik und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit
- Vorschläge zur effektiveren Organisation von Entwicklungshilfe
- Senior-Experten-Dienst

Nicht abschließend behandelte Themen:

- Marktwirtschaftliche Ordnung der Weltwirtschaft

Gespräche mit Verbänden:

- Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung
- Misereor
- Deutscher Industrie- und Handelstag
- Deutscher Bauernverband

## Arbeitsgruppen:

- Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen  
Vors.: Karl Franz Lamers, MdB  
Anzahl der Sitzungen: 5
  
- Dritte-Welt-Aktionen  
Vors.: Hans-Peter Repnik, MdB  
Anzahl der Sitzungen: 4
  
- Energiepolitik (gemeinsamer Fachkongreß)  
Vors.: Prof. Dr. Karl-Heinz Hornhues, MdB  
Anzahl der Sitzungen: 1
  
- Private Initiative/Marktwirtschaft in Entwicklungsländern  
Vors.: Prof. Dr. Winfried Pinger, MdB  
Anzahl der Sitzungen: 4
  
- Nicht-Regierungs-Organisationen  
Vors.: Dr. Paul Hoffacker, MdB  
Anzahl der Sitzungen: 2
  
- Marktwirtschaftliche Ordnung der Weltwirtschaft  
Vors.: Dr. Heinz Günther Hüscher, MdB  
Anzahl der Sitzungen: 4
  
- Strukturelle (politische, soziale und kulturelle) Bedingungen für Entwicklung  
Vors.: Dr. Erika Wolf  
Prof. Dr. Theodor Hanf  
Anzahl der Sitzungen: 1
  
- Vergabekriterien, Länderanalysen  
Vors.: Karl Osner  
Anzahl der Sitzungen: 3

- Haushalt, Rahmenplanung, Verpflichtungsermächtigungen

Vors.: Horst Schröder, MdB

Bernhard Schweiger

Anzahl der Sitzungen: 1

- Organisation

Vors.: Senator Elmar Pieroeth, MdA

Anzahl der Sitzungen: 3

- Überprüfung und eventuelle Fortschreibung der Konzeption

Vors.: Parl.Staatssekretär Dr. Volkmar Köhler, MdB

Anzahl der Sitzungen: 1

## 1.6. Kommissionen

### 1.6.1 Zukunftskommission "Soziale Sicherung"

Die Kommission "Soziale Sicherung" hat sich am 26.02.1982 in Bonn konstituiert. Die Kommission geht zurück auf einen Beschluß des Bundesvorstandes der CDU vom 18.01.1982 und entsprechende Beschlüsse der beiden letzten Bundesparteitage der CDU.

Aufgabe der Kommission ist es, dem Bundesvorstand einen Bericht vorzulegen über die Sicherung der finanziellen Grundlagen der Rentenversicherung, über den Zusammenhang von Renten- und Familienpolitik und die Folgen des Geburtenrückgangs auf die Sozialversicherungen sowie über die Gleichbehandlung von Mann und Frau im Rentenrecht.



Vorsitzender der Kommission "Soziale Sicherung" ist der Generalsekretär der CDU, Dr. Heiner Geißler. Stellvertretender Vorsitzender: Senator Ulf Fink. Die Kommission hat 30 ständige Mitglieder; sie hat viermal in Bonn getagt.

Die Sitzungen der Kommission werden inhaltlich durch eine "Kleine Kommission" unter Leitung des stellvertr. Vorsitzenden vorbereitet. Sie hat insgesamt achtmal getagt.

Am 6. Juni 1983 werden die Mitglieder der Kommission zu einer Klausurtagung zusammentreten und Bilanz ziehen über die bisherigen Arbeiten zu den Themenbereichen:

- Prinzipien der Weiterentwicklung der Rentenreform von 1957
- Reform der Hinterbliebenenversorgung (sog. '84-er Reform)
- flexible Altersgrenze
- Harmonisierung der Alterssicherung

#### 1.6.2 Zukunftskommission Jugend

Die am 4.3.1982 konstituierte "Zukunftskommission Jugend" geht zurück auf einen Beschluß des Bundesvorstandes vom 18.01.1982 und entsprechende Beschlüsse der Parteitage in Mannheim und Hamburg. Die in der Kommission vertretenen Wissenschaftler und Politiker haben den Auftrag, zu ausgewählten Zukunftsproblemen Analysen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten sowie den Entwurf eines neuen, zeitge-

rechten Jugendpolitischen Programms vorzulegen. Der Vorsitzende der Kommission ist Generalsekretär Dr. H. Geißler; er wird vertreten von Frau Dr. R. Hellwig MdB. Die Kommission hat zweimal getagt; die für die redaktionelle Arbeit gebildete Unterkommision tagte ebenfalls zweimal.

In der zur Verfügung stehenden Zeit wurde ein Berichtsentwurf "Politische Perspektiven für die 90er Jahre" erstellt, der wegen der vorgezogenen Neuwahlen zum Deutschen Bundestag nicht mehr beraten werden konnte. Die Arbeit der Kommission wird fortgesetzt.

#### 1.6.3. Koordinierungsausschuß für Medienpolitik der CDU/CSU

Am 10. September 1981 hat sich der Ausschuß neu konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde erneut der derzeitige Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, Dr. Christian Schwarz-Schilling MdB, gewählt. Im Berichtszeitraum hat der Ausschuß fünfmal getagt.

Die Bedeutung dieses Fachgremiums innerhalb der Union, das von der Führung beider Parteien getragen wird, wurde von CDU-Generalsekretär Dr. Geißler mehrfach unterstrichen. Der Generalsekretär betonte bei der Skizzierung der Aufgaben, daß die weitere Existenz der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gesichert werden muß, und daß auch Voraussetzungen dafür zu schaffen sind, daß sich private Programmveranstalter betätigen können. Gleiche Bedeutung wurde auch den Problemen der Printmedien und der Medienbereiche Film und Buch zuerkannt.

Festgehalten werden muß, daß die Union erst die medienpolitische Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland eröffnet und in den vergangenen Jahren Grundlagen für die medienpolitischen Akzente gesetzt hat. In dem Berichtszeitraum wurden fünf Papiere zur Medienpolitik verabschiedet:

- Grundsätze für das Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk,
- Vorschläge zur Verbesserung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems,
- Neudefinition des Rundfunkbegriffs,
- Fernmeldemonopol der Deutschen Bundespost und
- Kulturelle Filmförderung der Länder.

Die Ausschubarbeit konzentrierte sich in den letzten Jahren auf den Bereich der Neuen Medien, wobei hier zwei Papiere besonders hervorzuheben sind:

- Notwendige Entscheidung in der Kabel- und Satellitentechnik und
- 10 Thesen zu den Neuen Medien.

Ausführlich beschäftigte sich der Ausschuß ferner mit den Entwicklungen der Kabelpilotprojekte in Berlin, Dortmund, Ludwigshafen und München. Eine besondere Stellungnahme wurde auch zu dem "Entwurf für ein Gesetz über die Neuen Medien/Landesmediengesetz Baden-Württemberg" erarbeitet und den Ministerpräsidenten der Länder zugestellt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Ausschubarbeit lag auf dem Thema "Kontinuierliche und enge Zusammenarbeit mit den Unionsländern zur Erreichung gemeinsamer medienpolitischer Ziele". Es wird immer notwendiger, die medienpolitischen Zielsetzungen der Unionsländer zu koordinieren, da durch die Schaffung neuer technischer Voraussetzungen für Kabel, Funk und Satelliten vielerorts zeitgemäße Organisations- und Beteiligungsformen entwickelt werden.

#### 1.7. Bundesparteigericht

Das Bundesparteigericht hat in den Jahren 1981 und 1982 insgesamt 12 Verfahren behandelt, von denen zwei noch nicht abgeschlossen sind. Für 1983 sind bereits drei neue Parteigerichtssachen zu verzeichnen. Diese bisher 15 Verfahren sind von sehr unterschiedlicher Bedeutung, so daß eine Wertung jetzt verfrüht ist.

Da eine Neuwahl des Bundesparteigerichtes erst 1984 ansteht, wird ein ausführlicher Bericht über die Tätigkeit des Bundesparteigerichtes in diesem Zusammenhang vorgelegt.

#### 1.8. Europawahl-Kommission

Die vom Präsidium am 30.8.1982 eingesetzte Europawahl-Kommission zur Vorbereitung und Durchführung der 1984 stattfindenden 2. Europäischen Direktwahlen tagte zweimal.

## 2. Veranstaltungen und Aktionen

### 2.1. 30. Bundesparteitag 2.-5. November 1981 in Hamburg

#### 2.1.1. Das Gespräch mit der Jugend

Der Parteitag stand unter dem Leitsatz "Mit der Jugend - Unser Land braucht einen neuen Anfang". Es wurden 500 junge Menschen aus allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland und allen Schichten der Bevölkerung eingeladen, als "Gastdelegierte" teilzunehmen. 60 % der Jugendlichen gehörten weder der CDU noch der Jungen Union an. Mit rund 2700 Teilnehmern war dieser Parteitag der mit Abstand größte Parteikongreß in der Geschichte der CDU.

Ein ganzer Tag war der Diskussion mit der Jugend gewidmet. Am Vormittag wurde in drei Foren über folgende Themen diskutiert:

- Für neue Zukunftschancen in Bildung und Beruf
- Für Soziale Marktwirtschaft im Dienst des Menschen
- Für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht

Am Nachmittag diskutierte der gesamte Parteitag unter Leitung des Parteivorsitzenden das Thema "Frieden und Freiheit".

Eine unter den jugendlichen Gästen vorgenommene Umfrage ergab, daß 99 % der Befragten die diskutierten Themen interessant oder sogar sehr interessant fanden. Jeder, der wollte, so 74 % der Befragten, konnte in den Foren zu Wort kommen. 77 % der jungen Leute waren der Meinung, daß es genügend Gelegenheit gab, mit den Politikern ins Gespräch zu kommen. 70 %

der Befragten hatten den Eindruck, daß die Anliegen, die von den Jugendlichen vorgebracht wurden, von der CDU ernstgenommen werden.

### 2.1.2. Die Themen im Gespräch mit der Jugend

Der Parteitag befaßte sich mit vier großen Themen:

- Frieden und Freiheit sichern
- Die Soziale Marktwirtschaft erneuern
- In Bildung und Beruf neue Zukunftschancen schaffen
- Für eine menschliche und überschaubare Ordnung in Staat und Gesellschaft

Zur Abstimmung stand ein Leitantrag des Bundesvorstandes, zu dem 485 Änderungsanträge eingebracht worden waren. Als Beschluß des 30. Bundesparteitages sind diese programmatischen Aussagen in die Arbeit der Partei eingegangen.

### 2.1.3. Das Gespräch mit der Jugend auf allen Parteebenen

Das Beispiel des Hamburger Parteitages hat eine Fülle von jugendbezogenen Aktivitäten auf allen Ebenen der Partei initiiert. Mit großem Einfallsreichtum wurden neue Formen entwickelt, um das Gespräch zwischen Partei und Jugend zu führen. Zahlreiche Parteitage auf Kreisverbandsebene wurden nach dem Muster von Hamburg gestaltet; fast überall wurden besondere Diskussionsveranstaltungen für junge Leute angeboten.

Die Erfahrungen und Beobachtungen aus diesen Aktivitäten hat die Bundesgeschäftsstelle in dem Bericht "Die CDU im Gespräch mit der Jugend" dokumentiert.

## 2.2. Großdemonstration "Gemeinsam für Frieden und Freiheit am 5. Juni 1982 in Bonn

Unter dem Motto "Gemeinsam für Frieden und Freiheit" fand am Samstag, den 5. Juni 1982 auf der Bonner Hofgartenwiese die erste Großdemonstration der CDU Deutschlands statt. Der Aufruf des Parteivorsitzenden und Generalsekretärs, "Flagge zu zeigen" und einmal "für etwas" zu demonstrieren, hat bei unseren Mitgliedern und Freunden starke Resonanz gefunden. Mit über 100.000 Teilnehmern, darunter beachtenswert viele Jugendliche, wurde dies die größte und beeindruckendste Veranstaltung seit Gründung der Union.

Dem großen "Familientreffen" auf der Hofgartenwiese ging ein großer Sternmarsch voraus. Dank einer gut ausgearbeiteten Verkehrslenkung der Bonner Polizei wurden die Busse und PKW's sowie die in den Bonner Bahnhöfen anreisenden Gruppen zu 5 zentralen Treffpunkten geleitet. Von dort erfolgte der Sternmarsch zum Hofgarten.

Der Kundgebung auf der Hofgartenwiese ging ein groß angelegtes Rahmenprogramm voraus. Von der Hofgartenwiese über den Kaiserplatz und entlang der Poppelsdorfer Allee erstreckte sich eine "Bunte Meile der Begegnung". Informationsstände der Bundespartei und der Vereinigungen, dazwischen Musik - von der Folklore bis zu Jazz, Rock und Country - gaben dem Treffen eine gelockerte und heitere Note.

Zu Beginn der Kundgebung wurden die Teilnehmer von Generalsekretär Dr. Heiner Geißler begrüßt. Unter ihnen weilten zahlreiche Repräsentanten namhafter Verbände und Organisationen. Besondere Aufmerksam-

keit fand Eleonore Dulles, die Schwester des langjährigen amerikanischen Außenministers John Forster Dulles.

Während des Musikteils, das von Fernsehstar Hans Rosenthal moderiert wurde, sang die amerikanische Sängerin Julia Migenes.

Sodann folgten weitere Ansprachen von Walther Leisler Kiep, Richard von Weizsäcker und dem Parteivorsitzenden Helmut Kohl. Ferner kamen auch Vertreter verschiedener Bevölkerungsgruppen (u.a. eine Schülerin, ein Arbeiter, eine Professorin) zu Wort, um aus ihrer ganz persönlichen Sicht für Frieden und Freiheit einzutreten.

Über diese Veranstaltung wurde von den nationalen und internationalen Medien umfangreich berichtet. Auch im politischen Bereich hat diese Kundgebung ihre Wirkung nicht verfehlt. Anlässlich eines Besuches des Parteivorsitzenden in Amerika dankte ihm der Präsident für das eindrucksvolle Bekenntnis zum Bündnis.

## 2.3. Kongresse

### 2.3.1. Ausländerkongreß

Unter dem Leitwort "Ausländer in Deutschland - Für eine gemeinsame Zukunft" wurde am 20. und 21. Oktober 1982 eine wissenschaftliche Fachtagung im Konrad-Adenauer-Haus durchgeführt. Der Kongreß diente dem Ziel, die Situation der ausländischen Einwohner in der Bundesrepublik Deutschland umfassend zu analysieren und Wege zur Lösung der Probleme aufzuzeigen. Insbesondere wurde über jene Fragen



diskutiert, die sich aus dem Zusammenleben von Deutschen und Ausländern ergeben.

An der Tagung nahmen über 600 Teilnehmer aus allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland teil. Unter den Gästen waren mehr als ein Drittel ausländische Mitbürger: Griechen, Italiener, Jugoslawen, Portugiesen, Spanier, Türken, Vietnamesen u.a.

Die Thematik des Kongresses beschäftigte sich vor allem mit den Perspektiven der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in Wirtschaft und Gesellschaft. Ein besonderer Schwerpunkt lag bei den Zukunftschancen für die hier heranwachsenden ausländischen Kinder und Jugendlichen. Ein weiterer Schwerpunkt befaßte sich mit den Grenzen und Möglichkeiten der gesellschaftlichen Integration von ethnischen Minderheiten.

Führende CDU-Politiker - unter ihnen Generalsekretär Bundesfamilienminister Dr. Heiner Geißler, Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundstagsfraktion Dr. Alfred Dregger, Senator Ulf Fink, Minister Prof. Dr. Roman Herzog, Walther Leisler Kiep, Senatorin Dr. Hanna-Renate Laurien, Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel, Dr. Bernhard Worms - trugen ihre Thesen zu den verschiedenen Aspekten der Ausländerpolitik vor und stellten sich der Diskussion über Parteigrenzen hinweg mit Wissenschaftlern, Vertretern der Kirchen und Sachverständigen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und mit betroffenen Ausländern. So sprachen u.a. die Soziologen Prof. Dr. Karl O. Hondrich aus Frankfurt und Erwin K. Scheuch aus Köln, der Religionswissen-

schaftler Prof. Dr. Bouman aus Marburg, der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit Josef Stingl, der Leiter des Kommissariats der Deutschen Bischöfe Prälat Paul Bocklet, der Präsident des Diakonischen Werkes Dr. Theodor Schober sowie der Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes Dr. Hans-Jürgen Schilling. Aus der Sicht der Ausländer referierten u.a. der Vorsitzende der Vereinigung HÜR TÜRK Enver Küçükoglu, der türkische Journalist Ramazan Öz und der Delegat der Spanier-Seelsorge in Deutschland Felix Rodriguez-Fernandez.

Der Kongreß machte deutlich, daß es für die CDU und die große Mehrheit der Anwesenden nur eine Ausländerpolitik geben könne, die ganz bewußt von einem christlich-humanistischen Menschenbild ausgeht und auf den Grundwerten des Grundsatzprogramms der CDU aufbaut. Für die Kongreßteilnehmer wurde glaubhaft, daß es der CDU darum geht, den hier lebenden Ausländern, die dazu bereit sind, das Angebot der partnerschaftlichen Zusammenarbeit für ein gemeinsames Zusammenleben zu machen. Auf dieser Tagung ist ein Dialog zwischen CDU und Ausländern in Gang gekommen. Dieser Dialog muß fortgesetzt werden.

Zur Fachtagung hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle eine umfassende Dokumentation in zwei Bänden vorgelegt; sie ist im Buchhandel erhältlich.

### 2.3.2. Friedenskongreß

Unter dem Motto "Frieden schaffen mit weniger Waffen" wurde am 3. Februar 1983 im Konrad-Adenauer-Haus eine Fachtagung zur Friedens- und Sicherheits-

politik durchgeführt. Ziel dieser Veranstaltung war es vor allem, die geistig-politische Ebene der Friedensdiskussion in den Vordergrund zu stellen. Mit Repräsentanten aus Wissenschaft und Politik, mit Vertretern der Kirche, der Bundeswehr und anderen Gruppen der Gesellschaft wurde insbesondere über ethische Wertorientierungen auf dem Weg zur Friedenssicherung diskutiert.

Unter den 650 Gästen befanden sich mehr als 100 Vertreter der nationalen und internationalen Presse sowie auffallend viele Diplomaten, auch aus den sozialistischen Staaten. Die Botschafter Chiles, Dänemarks, Kanadas, Südafrikas, Irans, Nicaraguas, El Salvadors und Tunesiens nahmen persönlich an dieser Konferenz teil.

Von seiten der CDU nahmen neben dem Bundeskanzler und dem Generalsekretär der Fraktionsvorsitzende, Dr. Alfred Dregger, Oberbürgermeister Wallmann aus Frankfurt sowie Verteidigungsminister Wörner, Staatsminister Mertes und eine große Zahl weiterer Bundestagsabgeordneter teil.

Die beiden Kirchen wurden auf dem Podium vertreten durch Prof. Dr. Franz Böckle, Katholische Kirche, und Prof. Dr. Wolfhard Pannenberg, Evangelische Kirche.

Nach dem Grundsatzreferat des Bundeskanzlers Helmut Kohl, der die Grundlinien deutscher Außen- und Friedenspolitik darstellte, wurde die Diskussion weitgehend beherrscht durch die Referate der beiden Theologen. Dabei beeindruckte die mit der theologischen Fachdiskussion wenig vertrauten Zuhörer, mit welcher Eindeutigkeit das Recht und die Pflicht des Staates zur Selbstverteidigung aus christlichem Verständnis belegt wurde. Beide Professoren stimmten

darin überein, daß die Bergpredigt und die in ihr geforderte Feindesliebe nur als Maßstab für das individuelle Verhalten des einzelnen in Betracht kommen kann, niemals dagegen als unmittelbare Handlungsanweisung für den Staat. Eine verantwortliche Regierung könne nicht widerstandslos der Unterwerfung unter ein anderes System zustimmen, das die Würde des Menschen seinen totalitären Macht- und Wahrheitsansprüchen unterordne. Hier finde die Toleranz ihre notwendige Grenze an der Schutzpflicht des Staates, die mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, auch militärischer Stärke, wahrzunehmen sei.

Böckle und Pannenberg stimmten auch darin überein, daß die nukleare Abschreckung zum Zwecke der Kriegsverhinderung akzeptabel sei, insofern sie sich auf die - politisch zu definierende - Aufgabe beschränke, einen potentiellen Herausforderer abzuhalten.

Die auf diesem Kongreß gehaltenen Referate sind als Broschüre erschienen. Dabei ergab sich ein zeitliches Zusammenfallen mit der vielbeachteten Publikation der Deutschen Bischofskonferenz "Gerechtigkeit schafft Frieden".

### 2.3.3. Rechtspolitischer Kongreß

Die Veranstaltung fand unter dem Thema "Recht sichert die Freiheit" als Auftakt zum Bundestagswahlkampf am 15. Januar 1983 in Karlsruhe statt. In den Ansprachen des Vorsitzenden des Arbeitskreises Juristen der CSU, Staatssekretär Dr. Wilhelm Vorndran, MdL, zum Thema "Durchsetzbarkeit des Rechts und Rechtsbewußtsein" und des Vorsitzenden

des Bundesarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen (BACDJ), Staatsminister Friedrich Vogel, MdB, zur "Rechtspolitik der Union" wurde die enge Beziehung zwischen Rechtspolitik, Rechtsbewußtsein und Rechtsfrieden verdeutlicht. Beide Referenten stellten heraus, daß die Rechtspolitik im demokratischen Rechtsstaat auch die Aufgabe habe, überzeugend für ein Rechtsbewußtsein in der Bevölkerung zu wirken, das der Wertordnung des Grundgesetzes verpflichtet sei.

Vor weit über 5000 Zuhörern sprach Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zum Thema "Recht sichert die Freiheit". Der Bundeskanzler führte aus, daß die Union mit den Mitteln des Rechts die Freiräume des Bürgers erweitern werde. Es müsse verhindert werden, daß der Staat immer mehr Aufgaben an sich ziehe und so zum totalen Staat werde. Für die Union sei das Recht ein Instrument der Sicherung des inneren Friedens und der Freiheit, nicht aber zur Durchsetzung gesellschaftlicher Veränderungen.

Der Dritte Rechtspolitische Kongreß von CDU und CSU hat dazu beigetragen, den Wertebezug wichtiger rechtspolitischer Vorhaben zu durchdenken sowie die friedentiftende und freiheitssichernde Funktion des Rechts sichtbar zu machen.

#### 2.4. Gespräche im Konrad-Adenauer-Haus

Die "Gespräche im Konrad-Adenauer-Haus" unternehmen den Versuch, Themen der Gegenwart aufzugreifen, Standpunkte sichtbar zu machen und alternative Lösungsmodelle zu diskutieren. Dabei sollen keine parteipolitischen Kontroversen ausgefochten, sondern

es soll ein Diskurs ermöglicht werden, der die Konzentration auf das Grundsätzliche ebensowenig scheut wie den nüchternen Blick auf das Machbare.

#### 2.4.1. Erstes Gespräch 4. Mai 1982

##### "Die Aufgabe der Parteien"

Mehr als 60 Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Publizistik nahmen an einem offenen Meinungs- und Gedankenaustausch unter dem Thema "Meistern die Parteien die Krise? Die neuen Herausforderungen an die politischen Parteien in den 80er Jahren" teil. An dem Gespräch unter Leitung des Generalsekretärs Dr. Heiner Geißler beteiligten sich u.a. der Publizist Dr. Rüdiger Altmann, der Stellvertretende Vorsitzende der CDU, Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf, Wolfgang Gibowski von der Forschungsgruppe Wahlen, die Professoren Dr. Wolfgang Jäger, Dr. Heinrich Oberreuter sowie Dr. Erwin K. Scheuch, der Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Matthias Wissmann, der Generalsekretär der CDU von 1971 - 1973, Dr. Konrad Kraske und der Bonner Korrespondent der "Zeit", Dr. Rudolf Zundel, der auch das Einleitungsreferat hielt.

Gegenstand des Gesprächs waren nicht nur die Parteien selbst; es wurden auch Entwicklungen und Probleme in Staat und Gesellschaft thematisiert und umfassend erörtert. Dabei ist deutlich geworden, daß die politischen Parteien nicht nur ihre klassischen Aufgaben erfüllen, sondern sich auch auf neue Themen einstellen müssen, wenn sie dem Auftrag des Grundgesetzes, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken, auch in Zukunft gerecht werden wollen.

Die Beiträge dieses Gespräches sind von der Bundesgeschäftsstelle der vom Bundespräsidenten berufenen Sachverständigenkommission zur Neuordnung der Parteienfinanzierung zusammen mit einer umfassenden Dokumentation über die Erfüllung der im Parteiengesetz beschriebenen Aufgaben der Parteien durch die CDU zur Verfügung gestellt worden.

#### 2.4.2. Zweites Gespräch 8. Dezember 1982

##### "Kultur für die Stadt - Chancen und Grenzen bei knappen Kassen"

An diesem Gespräch nahmen über 60 Künstler, Intendanten und Regisseure, Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker teil, darunter der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann, der bayerische Staatsintendant August Everding, der Regisseur Jürgen Flimm und der Generalintendant der Deutschen Oper Berlin Götz Friedrich. Das Einleitungsreferat hielt Generalsekretär Dr. Heiner Geibler, die Gesprächsleitung lag bei Dr. Günther Rühle.

Die Gesprächsteilnehmer vertraten überwiegend die Auffassung, daß die Förderung der Kunst auch in Zeiten knapper Kassen eine verpflichtende Aufgabe der öffentlichen Hand bleibe. Angesichts der angespannten finanziellen Lage des Bundes, der Länder und der Städte dürfe nicht versucht werden, Defizite des Etats vor allem durch Streichungen im kulturellen Bereich auszugleichen. Allerdings müsse die öffentliche Hand durch neue Wege der Kunstförderung, etwa durch ein verstärktes privates Engagement, entlastet werden. Ein neu belebtes Mäzenatentum der

Bürger könnte zur zweiten Säule städtischer Kultur werden. Die Politik sei hier gefordert, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, wie etwa die steuerliche Absetzbarkeit von privaten Investitionen in Kunst oder Steuervergünstigungen für die Schenkung von Kunstwerken an öffentliche Museen. Darüberhinaus sei es wichtig, die Kunst-Aktivitäten einer Stadt oder einer Region besser aufeinander abzustimmen, neue Formen der Kooperation zu suchen und freie Initiativen stärker in die Kulturförderung einzubeziehen.

Die Beiträge dieses Gespräches werden von der Bundesgeschäftsstelle veröffentlicht.

## 2.5. Ausstellungen

### 2.5.1 Ausstellung zum Jahr der Behinderten

Künstlerische Arbeiten von Behinderten zeigte die CDU-Bundesgeschäftsstelle in einer Ausstellung vom 31. Juli bis 14. August 1981 im Bonner Konrad-Adenauer-Haus. An der Präsentation beteiligten sich 14 behinderte Künstler aus dem Kreis Gütersloh mit Öl- und Aquarellbildern, Zeichnungen, Plastiken, Scherenschnitten sowie Strick- und Streichholzarbeiten.

Mit der Ausstellung wollten die Behinderten und die CDU verdeutlichen, wie sehr das Motto des Internationalen Jahres der Behinderten "Einander verstehen, miteinander leben" ernstzunehmen ist. Die Ausstellung war ein Beweis des Mutes, das Leben trotz Behinderung zu meistern; eine Anregung für alle Behinderten, über die kreative Betätigung ihrem Leben einen zusätzlichen Sinn zu geben. Mittel und



Wege der Künstler waren unterschiedlich, gemeinsam war allen der Wunsch, sich auf ihre persönliche Art zu äußern und einen Beitrag für die Allgemeinheit zu leisten.

Die Eröffnung, durchgeführt von Herrn Alo Hauser, MdB, und dem Künstler Horst Milles, sowie die Ausstellung selbst fanden vor allem im regionalen Bereich und bei den Medien Beachtung.

#### 2.5.2 Ausstellung "Solidarität - Demokratische Opposition in Polen 1956 bis heute"

Vom 7. Oktober bis zum 6. Dezember 1982 wurde im Konrad-Adenauer-Haus unter starker Resonanz der Öffentlichkeit die Ausstellung "Solidarität - Demokratische Opposition in Polen 1956 bis heute" gezeigt. Die Ausstellung wurde auch auf den Zielgruppenveranstaltungen im Wahlkampf 1983 in Offenburg, Wolfsburg und Köln vorgestellt.

Mit dieser Ausstellung leistete die CDU einen Beitrag zur Solidarität mit den Menschen in Polen. Die Besucher erhielten durch diese Ausstellung die Möglichkeit, mehr über die Gewerkschaftsbewegung "Solidarität" und ihre demokratische Opposition in Polen zu erfahren. Die Ausstellung gab einen zusammenfassenden Überblick über die Entwicklung der Demokratischen Opposition in Polen von 1956 bis heute. Auf diesem Hintergrund zeigt die Ausstellung in ihrer zweiten Abteilung die Gründung der Gewerkschaft "Solidarität" im August 1980 und ihr Wirken bis zur Verhängung des Kriegsrechtes am 13. Dezember 1981. Gezeigt wurden Zeitschriften, Bücher, Flugblätter, Plakate und Bilder.

Der dritte Teil der Ausstellung umfaßte den Zeitraum vom 13. Dezember 1981 bis heute. Es zeigte, daß auch Kriegsrecht und Militärdiktatur die Menschen in Polen nicht zum Schweigen bringen können. Fotos, Gedichte und ein offener Brief aus den Internierungslagern zeigten die durch keine Propaganda geschönte Realität. Sie stellten aber auch die Kraft dar, mit der die "Solidarität" im Untergrund ihre Forderungen nach mehr Freiheit und Menschenrechte vertritt. Als Ausstellungsexponate waren auch eine Fülle von Untergrundpublikationen der "Solidarität" aus allen Regionen Polens, und die Veröffentlichungen der Solidaritätsgruppen im westlichen Ausland zu sehen.

Während der Ausstellungszeit wurden ständig aktuelle Exponate hinzugefügt.

Veranstaltung: "Zwei Jahre Solidarnosc - Wie können wir helfen?"

Aus Anlaß des zweijährigen Jahrestages der Zulassung der Gewerkschaft "Solidarität" in Polen führte die CDU-Bundesgeschäftsstelle eine Informationsveranstaltung unter dem Titel "Zwei Jahre Solidarnosc - Wie können wir helfen?" durch. Auf dieser Veranstaltung kamen u.a. zu Wort:

- Bundesminister Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU
- zwei Vertreter des Informations- und Koordinationsbüros Solidarnosc, Bremen
- Marek Chlebowicz, ehemaliger Leiter Radio Solidarnosc

- Michael Lingenthal, Initiative Hilfe für Polen e.V., Bonn
- Miroslaw Chojecki, Begründer und Leiter des Untergrundverlages NOWA, Paris
- Dr. Christina Graef, polnische Ärztin, Frankfurt

### 3. Dienstleistungen der Bundesgeschäftsstelle

#### 3.1. Broschüren, Flugblätter, sonstige Werbemittel

##### Informations- und Werbematerial (Auswahl)

Die Materialien des Bundestagswahlkampfes 1983 sind im Wahlkampfbericht aufgeführt.

<u>Programme, Dokumentationen, Beschlüsse</u>		<u>verteilte Auflage</u>
3016	Der deutsche Widerstand und die CDU	829
3074	Die Geschichte der CDU	5.070
3279	Beschluß des 30. Bundesparteitages	22.233
3869	Dokumentation - Die Programme der CDU	1.931
3885	Politisches Programm der EVP	7.500
3912	Grundsatzprogramm	78.870
5063	Umweltpolitisches Programm der CDU	20.150
5315	Sportprogramm der CDU	8.300
5586	Unsere Agrarpolitik	4.950
5640	CDU-Programm für ältere Menschen	9.450
5831	Energiepolitisches Programm	19.250
5892	Gesundheitspolitisches Programm	7.100
<u>Politisches Informationsmaterial</u>		
2075	Illustrierte: Für eine lebenswerte Zukunft	68.500
1339	Flugblatt "10 Gründe für den Wechsel in Bonn"	286.500
2077	Prospekt: Umweltprogramm	66.600
2915	Prospekt: Grundsatzprogramm	108.150
2176	Prospekt: KPV - Selbstverwaltung sichert Freiheit	2.800
2243	Prospekt: Helmut Kohl "Mut zur Verantwortung"	201.600
2248	Prospekt: Wohnungsbau	47.000
2269	Prospekt: In Frieden und Freiheit leben	172.350
2830	Prospekt: WM-Kalender	1.182.550
2268	Zeitung: CDU extra "Unser Land braucht einen Anfang"	243.300

2312	Zeitung: Großdemonstration	674.010
2340	Zeitung: CDU extra "Damit es wieder aufwärts geht"	667.500
3237	Broschüre: Arbeitsprogramm Aufgaben der 80er Jahre	3.519
3379	Broschüre: Lutherjahr	3.980
3236	Rede Helmut Kohl: "Wir arbeiten für eine menschliche Zukunft"	93.550
3277	Rede Helmut Kohl: "Unser Land braucht einen neuen Anfang"	16.033
3240	Rede Heiner Geißler: "Der Jugend Hoffnung geben"	18.200
3278	Rede Heiner Geißler: "Allianz für Frieden und Freiheit"	17.533
3924	Rede Heiner Geißler: "Auftrag der Gewerkschaften"	1.000
3301	Rede Alfred Dregger: "Ausländerproblematik"	14.000
3251	Bildband "Die CDU"	7.800
5010	Zum Thema: Mehr Humanität im Krankenhaus	4.450
5017	Zum Thema: Mehr Mut zur Partnerschaft	10.800
5020	Zum Thema: Kinder - Freude und Verantwortung	10.500
5025	Zum Thema: Zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik	5.750
5026	Zum Thema: Bürgerbeteiligung in der Gemeinde	6.300
5035	Zum Thema: Recht sichert die Freiheit	3.500
5054	Zum Thema: Mehr Soll als Haben	5.100
5056	Zum Thema: Weniger Bürokratie - Mehr Freiheit	6.100
5080	Zum Thema: Chancen zur Selbständigkeit schaffen	6.800
5085	Zum Thema: Verbrechensbekämpfung	2.500
5110	Zum Thema: Technologiepolitisches Konzept	2.800
5130	Zum Thema: Bevölkerungsentwicklung	5.200
5143	Zum Thema: Finanzpolitik	13.400
5153	Zum Thema: Menschenrechte	10.000
5154	Zum Thema: Deutschlandpolitik	14.550
5156	Zum Thema: Bildungspolitik	10.500
5157	Zum Thema: Vollbeschäftigung	7.200
5158	Zum Thema: Fortschritt mit menschlichem Gesicht	6.200
5238	Zum Thema: Wohnungsbau	30.000
5239	Zum Thema: Drogen	29.950
5254	Zum Thema: Argumente zur aktuellen Friedenspolitik	92.300
5285	Zum Thema: Bildungspolitik	22.800
5287	Zum Thema: Politik der aktiven Friedenssicherung	16.100
5298	Zum Thema: Soziale Marktwirtschaft	11.700
5299	Zum Thema: Frieden und Freiheit sichern	10.950
5314	Zum Thema: Der gefährdete Rechtsstaat	7.400
5317	Zum Thema: Arbeit für Alle	13.900
5423	Zum Thema: Für Frieden und Freiheit	10.400
5489	Zum Thema: Jungwähler: Mitarbeit der Jugend	40.800
5557	Zum Thema: Familienpolitik	24.050
5579	Zum Thema: Die Neue Soziale Frage	6.300
5598	Zum Thema: Entwicklungspolitik	10.000
5704	Zum Thema: Ausländerpolitik	12.700
5773	Zum Thema: Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit	8.100

5829	Zum Thema: 10 Jahre Mißwirtschaft	9.800
5863	Zum Thema: Zum Thema: Renten	12.900
5886	Zum Thema: Der Weg in eine gesicherte Zukunft	20.050
5935	Zum Thema: Verfassungsfeinde	3.600
5952	Zum Thema: Erziehungsgeld	23.500
6000	Satz Argumentationskarten	3.090
6011	Argumentationskarte Bildungspolitik	21.300
6034	Argumentationskarte Entbürokratisierung	3.900
6039	Argumentationskarte Renten	3.800
6067	Argumentationskarte Europapolitik	2.100
6126	Argumentationskarte Finanzpolitik	7.400
6127	Argumentationskarte Umweltpolitik	10.500
6128	Argumentationskarte Fortschritt mit menschlichem Gesicht	4.600
6129	Argumentationskarte Freie Medien	5.450
6164	Argumentationskarte Deutschlandpolitik	7.200
6188	Argumentationskarte Verfassungsfeinde	2.000
6284	Argumentationskarte Zukunftschancen	14.900
6341	Argumentationskarte Arbeitsplätze	33.950
6654	Argumentationskarte Menschenrechte	5.600
6655	Argumentationskarte Entwicklungspolitik	2.500
6793	Argumentationskarte Familienpolitik	12.350
6820	Argumentationskarte Neue Soziale Frage	3.900
6823	Argumentationskarte Verteidigung	16.400
6824	Argumentationskarte Partnerrente	6.600
6828	Argumentationskarte Arbeitslosigkeit	13.500
6836	Argumentationskarte Energiepolitik	11.200
6837	Argumentationskarte Soziale Marktwirtschaft	9.500
6858	Argumentationskarte Jugendarbeitslosigkeit	7.100
6859	Argumentationskarte Agrarpolitik	2.300
6860	Argumentationskarte Politik für die Frau	10.600
6936	Argumentationskarte Gesundheitspolitik	3.150

#### Canvassing/Straßenaktionen, Kleinwerbemittel

0457	Sonnenschirm	1.235
0994	Canvassing-Stand	406
0595	Fahnen	115
9137	T-Shirt, klein	1.137
9138	T-Shirt, mittel	1.737
9139	T-Shirt, groß	2.347
9536	Tragetaschen	967.600
0504	Autogrammkarte Helmut Kohl DIN A6	189.538
9307	Aufkleber: Gemeinsam für Frieden und Freiheit	224.750
9093	Aufkleber: Die CDU ist für die Frauen da	53.000
9275	Aufkleber: Wir wollen in Frieden und Freiheit leben	91.100
9528	Aufkleber: Erkennungszeichen	870.450
9777	CDU-Miniaufkleber	89.950
9306	Ansteckbutton Großdemonstration	191.260
9323	Ansteckbutton der CDU-Frauenvereinigung	6.150
9532	Ansteckbutton CDU-Zeichen	14.600

9036	Bleistift	1.295.050
9090	Filzstift	1.248.950
9428	Kugelschreiber	261.350
9541	Schlüsselanhänger	165.375
9303	Papierfähnchen	1.702.600
9304	Luftballons	2.638.550
9540	Skatspiel	116.945
9545	Gummibälle	265.400
9813	Notizblöcke	397.125
9814	Parkscheibe	141.100
9890	Eiskratzer	222.270

### Anleitungen und Materialien zur Parteiarbeit

3363	CDU-Statut	17.840
4000	Satz Aktionstips	633
3903	Begegnung mit der Kunst	33.045
4177	Regiebuch Wahlkampf	2.425
4320	Regiebuch Kommunalwahlkampf	3.205
4369	Regiebuch Pressearbeit	3.625
4395	Regiebuch Vorpolitischer Raum	2.338
4473	Regiebuch Großstadtarbeit	3.525
4495	Regiebuch Öffentliche Veranstaltungen	2.525
4800	Regiebuch CDU-Zeitung	2.645
4801	Regiebuch Kritisches Fernsehen	2.150
4802	Regiebuch Ideenbuch	2.895
3272	Ortsverbandshandbuch	12.220
3082	Black Book - Aktionshandbuch Jugend	4.095
3091	Broschüre: Die CDU ist für die Frauen da	3.400
3092	Aktionshandbuch Frauen	4.230
0148	Anstecknadel (Blau mit CDU-Signet)	183.080
0534	Anstecknadel Erkennungszeichen	140.680
0397	Ehrenurkunde	28.951

### Mitgliederwerbung

0316	Willkommen-Scheckheft für Neumitglieder	28.370
2871	Mitgliederwerbeprospekt	388.450
4094	Regiebuch Mitgliederwerbung	4.512

### Poster, Plakate und Rahmenmaterialien

7103	Poster: Affenschande	4.800
7387	Poster: Komm aus deiner linken Ecke	4.600
7526	Poster: Den Linken jetzt die rote Karte	6.150
11206	Poster Energiekrise	3.650
11207	Poster Gesamtschule	6.250
1107	Rahmenflugblatt A4 schwarz, rot, gold	1.552.000
1521	Rahmenflugblatt "Zur Sache" DIN A4	1.343.500
8000	Rahmenplakat A0	162.770
	Rednerankündigungsplakate	276.980

8001	Rahmenplakat A1	339.570
8002	Rahmenplakat A2	38.500
8003	Rahmenwandzeitung DIN A2 quer	4.500
8004	Rahmenwandzeitung DIN A2 quer	4.250
8097	Rahmenplakat Junge Union	3.600
2324	Rahmenplakat Frauenvereinigung DIN A1	1.500
8280	Plakat A0 "Wir wollen in Frieden leben"	1.100
8281	Plakat A1 "Wir wollen in Frieden leben"	3.180
8308	Plakat A0: Großdemonstration	23.055
8309	Plakat A1: Großdemonstration	51.790
8549	Streifenplakat	12.200

### 3.2. Pressearbeit

#### 3.2.1. Sprecher der CDU

Aufgabe der Pressestelle ist es, der Politik der CDU zu einem möglichst wirkungsvollen Wiederhall in den Medien zu verhelfen. Die Mittel hierzu sind Pressekonferenzen, Hintergrundgespräche, schriftliche Pressemitteilungen sowie zahllose Einzelgespräche mit Journalisten aus Presse, Rundfunk und Fernsehen. Hinzu kommen organisatorische Aufgaben, wie zum Beispiel die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Wahlkampfreisen prominenter Politiker, die Pressebetreuung auf Parteitag, Kongressen und anderen Veranstaltungen der CDU sowie die Beobachtung und gegebenenfalls Kommentierung der Aktivitäten gegnerischer Parteien. Nach dem Wechsel an der Spitze der Pressestelle im Jahr 1981 - Wolter v. Tiesenhausen löste Günther Henrich als Sprecher, Walter Brückmann Christoph Müllerleile als stellvertretenden Sprecher ab - wurden die Aufgaben der Pressestellen neu geordnet. Das Deutsche Monatsblatt wurde der Pressestelle angegliedert. Sein Chefredakteur ist der stellvertretende Sprecher, Walter Brückmann. In der Verantwortung der Pressestelle verblieb, wie früher auch, neben der allgemeinen Pressearbeit der Deutschland-Union-Dienst.

Neben offiziellen Pressekonferenzen sind in den vergangenen Jahren in immer stärkerem Maße vertrauliche Hintergrundgespräche zu einem wichtigen Instrument der Informationspolitik geworden. Die Pressestelle hat sich diese Entwicklung zunutze gemacht, indem sie selber solche Gesprächskreise in Form eines Stammtisches für Bonner Parlamentskorrespondenten, eines Kreises für ausländische Korrespondenten und je nach Anforderung mit ausgewählten, an besonderen Fachfragen interessierten Journalisten organisierte. Im Bundestagswahlkampf 1983 wurden für zahlreiche in- und ausländische Journalisten Wahlkampfbegleitungen organisiert. Die Wahlkampfeinsätze von über 30 Bundesrednern wurden journalistisch zentral von der Pressestelle aus vorbereitet. Zu diesem Zweck erhielten alle Zeitungs-, Fernseh- und Rundfunkredaktionen im näheren Umkreis des Wahlkampfauftrittes eine Einladung zu dieser Veranstaltung sowie Bild- und Textmaterial über den Redner. Dabei erwies sich das Textverarbeitungssystem als besonders wirkungsvolle Hilfe. Der Kontakt zu den Sprechern der Landesverbände, der Vereinigungen, der von der CDU geführten Landesregierungen, der Bundestags- und Landtagsfraktionen sowie nach dem 1. Oktober 1982 der Bundesregierung wurden durch mehrere Sprechertreffen verbessert. Die von der Pressestelle veröffentlichten Pressemitteilungen bemühten sich um kurze prägnante Darstellungen der Sachverhalte und versuchten bei aller notwendigen Klarheit polemische Schärfen zu vermeiden.

Der von nur zwei Redakteuren gestaltete "Deutschland-Union-Dienst" hat mit seinem werktäglichen Tagesdienst eine Auflage von 1.055 Exemplaren erreicht. Die Auflage der DUD-Wochenausgabe beträgt



1.784 Exemplare. Der DUD wird in den Nachrichtenagenturen und Tageszeitungen wesentlich häufiger zitiert als andere Parteipressedienste. Der ebenfalls wöchentlich erscheinende Dienst "Gesamtdeutsche Nachrichten und Kommentare" (GNK) hat eine Auflage von 2.200 Exemplaren. Im Berichtszeitraum konnte die technische Herstellung des DUD verbessert und damit seine Attraktivität gesteigert werden.

Der Personalbestand der Pressestelle von insgesamt 10 Mitarbeitern, darunter fünf Journalisten, wurde während des Wahlkampfes zeitweise um drei Aushilfskräfte erhöht. Diese geringe Personalausstattung konnte nur durch die Bereitschaft aller Mitarbeiter, auch Aufgaben außerhalb ihres eigentlichen Arbeitsbereiches zu übernehmen, ausgeglichen werden.

### 3.2.2 Periodische Publikationen

#### Deutsches Monatsblatt

Mit dem Wechsel in der Chefredaktion des Deutschen Monatsblattes im Frühjahr 1982 war gleichzeitig auch eine Veränderung des redaktionellen Konzeptes verbunden. Seit dieser Zeit bemüht sich das Deutsche Monatsblatt um eine lockere Aufmachung und wesentlich kürzere Beiträge als zuvor, um den modernen Lesegewohnheiten der Mitglieder entgegenzukommen. Das Deutsche Monatsblatt hat einen ersten Anfang in dem Bemühen gemacht, sich stärker als bisher als Mittler zwischen Bundesvorstand, Bundesgeschäftsstelle und Landesverbänden auf der einen Seite und dem einzelnen Mitglied auf der anderen Seite zu verstehen. Deshalb wurden vor allen Dingen auch jene

Elemente verstärkt, die das "Wir-Gefühl" unter den Mitgliedern fördern. So berichtet das Deutsche Monatsblatt jetzt regelmäßig über besondere Aktivitäten einzelner Untergliederungen und gibt den Berichten über besondere Unternehmungen einzelner Mitglieder breiten Raum.

In enger Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit dient das Monatsblatt auch stärker als bisher der Aktivierung und Mobilisierung der Mitglieder zu besonderen Anlässen. So zum Beispiel bei der Demonstration am 5. Juni 1982 und im Wahlkampf. Während des Bundestagswahlkampfes wurden die in diesem Zeitraum erschienenen Ausgaben voll in den Dienst der Sache gestellt. Abgesehen von einer Sonderausgabe enthielten die letzten zwei Ausgaben ein "CDU-extra" mit der Aufforderung an das einzelne Mitglied, diesen Teil der Zeitung an die Nachbarn weiterzugeben - ein Beispiel dafür, wie das parteieigene Medium Deutsches Monatsblatt intensiver noch in die Aktivitäten der Partei eingespannt werden kann.

Die enge Verbindung zwischen der Redaktion des Deutschen Monatsblattes und der Öffentlichkeitsarbeit dokumentierte sich auch in der Zusammenarbeit bei der Produktion von CDU-extra - inzwischen ein Publikationsmittel der Partei, das überall guten Anklang findet. Hier werden die Elemente des modernen Zeitungsmachens mit den Erfordernissen der politischen Aussage kombiniert. Auf diese Weise ist ein Medium entstanden, das nach allen vorliegenden Erfahrungen ähnlich produzierten Objekten anderer Parteien hinsichtlich seiner vielfältigeren und vor allen Dingen zeitlich unabhängigeren Verwendbarkeit überlegen ist.

## Union in Deutschland (UiD)

Information der Funktions- und Mandatsträger der Landes- und Kreisverbände: Diese Aufgabe erfüllt die Bundesgeschäftsstelle mit dem wöchentlich erscheinenden Informationsdienst "Union in Deutschland" (UiD), der neben dem aktuellen Argumentations-Material Bundespolitik, ständig eine Dokumentation (grüne Beilage) sowie kontinuierlich die Beilage Öffentlichkeitsarbeit (rosa) sowie bei aktuellen Ereignissen UiD-Extra (gelber Teil) enthält. Der UiD faßt das politische Material aus Bundespartei, Bundestagsfraktion und Bundesregierung zusammen. Außerdem enthält er die Berichte über die Landesparteitage sowie Vereinigungen und eine ständige Rubrik Parteiarbeit/Erfahrungsaustausch.

Im Bundestagswahlkampf '83 wurde der UiD inhaltlich als Wahlkampfdienst umgestaltet.

Der Verteilerkreis wurde von 23.000 um 14.500 auf 37.500 erhöht.

Davon entfielen auf

die Landes- und Bezirks- geschäftsstellen	1.600 Exemplare
die 251 Kreisgeschäftsstellen	7.300 Exemplare
die CDA (Betriebs- und Personal- räte)	2.400 Exemplare
Landesvereinigungen (KPV, JU, Mittelstand und Frauen)	3.200 Exemplare

Hinzu kommen ständig rund 2.000 bezahlte Abonnements sowie zeitlich begrenzte Abonnements von Landes- und Kreisverbänden für Wahlkämpfe.

### Presseschau

Als Mittel zur aktuellen Information der Führungsgremien werden in der Bundesgeschäftsstelle seit 1970 Presseschauen erstellt, und zwar

- Presseschau rot (täglich)
- Presseschau grün (dienstags und freitags)  
(Berichte aus den Bundesländern)
- Interne Informationen (dienstags und freitags)  
(Auszüge aus den vertraulichen Informationsdiensten)

Für die rote Presseschau, die morgens um 8.00 Uhr vorliegt, werden bereits 20 Tageszeitungen von insgesamt 75 Tageszeitungen, politische Wochenzeitungen, Magazine, Illustrierte und Informationsdienste ausgewertet.

Die Presseschauen werden verteilt an:

- Präsidium
- Bundesvorstand
- Bundestagsfraktion
- Vorsitzende und Geschäftsführer bzw. Generalsekretäre der Landesverbände und Vereinigungen

- Vorsitzende und Geschäftsführer der Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen
- Minister der CDU-geführten Landesregierungen
- Bundesgeschäftsstelle.

Neben den Standard-Presseschauen werden zu besonders wichtigen Ereignissen (Wahlen, Parteitage, Bundestagsdebatten, Kongresse, Fachtagungen, Jahrestagungen der Vereinigungen, große Pressekonferenzen) Sonder-Presseschauen erstellt und an einen Personenkreis verteilt, der je nach Betroffenheit durch diese Ereignisse wechselt.

Als Ergänzung der Informationen über den Bundestagswahlkampf sind von Anfang Januar 1983 bis zum Wahltermin am 6. März 16 Sonderpresseschauen "Wahlkampf '83" erschienen, zu deren Beziehern auch die neuen Wahlkreiskandidaten gehörten.

### 3.3. Aufbau eines elektronischen Kommunikationssystems

Die Schlagkraft großer Organisationen, insbesondere mit regionalen Unterorganisationen - und dazu gehört auch die CDU -, wird in Zukunft davon abhängen, wie sie sich auf den technischen Fortschritt und seine Folgen einstellen und wie sie die Möglichkeiten zukunftsorientierter Kommunikationstechnologien für sich nützen.

Aus dieser Erkenntnis plant und realisiert die CDU-Bundesgeschäftsstelle den Aufbau eines integrierten Text- und Datenverarbeitungssystems. Im folgenden sollen in aller Kürze Grundsatzüberlegungen, Entwicklungsstand, Nutzen und zukünftiger Ausbau des Systems dargestellt werden.

## Der technische Fortschritt als Planungsrahmen für die CDU

Wer sich in der heutigen Zeit mit ihrer den Konkurrenzdruck erhöhenden modernen Technologie am Markt durchsetzen will, muß sich mit den neuen Techniken befassen und auseinandersetzen. Dies gilt auch und gerade für die CDU, deren Durchsetzungsvermögen auf dem politischen Markt - in Konkurrenz zu den anderen Parteien - nicht zuletzt von ihren organisatorischen Möglichkeiten abhängt.

### Die Konzeptionsphase: Systemplanung, Marktuntersuchung und Entscheidungsfindung

Ausgehend von diesen grundsätzlichen Überlegungen wurde von der Landesgeschäftsführerkonferenz im Mai 1981 eine Kommission "Verbesserung der Parteiorganisation" eingesetzt, deren Mitglieder, Landes-, Kreisgeschäftsführer und Kreisvorsitzende, die praktische Parteiarbeit kennen.

Aufgabe dieser Kommission war es, zu prüfen, wie neue Technologien im Bereich der Datenverarbeitung und der Telekommunikation für die Parteiorganisation eingesetzt werden können.

Dazu erarbeitete die Kommission die Konzeption eines integrierten Text- und Datenverarbeitungssystems.

Aufgrund der Vorarbeiten in der Kommission und nach entsprechender Marktbeobachtung wurden vier Firmen zur Präsentation ihrer Produkte vor der Kommission aufgefordert. Das Ergebnis war eindeutig. Zusätzlich wurde eine weitere Konkurrenzpräsentation von zwei Anbietern gefordert.

Diese fand im Februar 1982 statt und endete mit dem einstimmigen Kommissionsbeschluß:

"Nach sachlicher Überprüfung der Ergebnisse der Präsentationen schlagen die Mitglieder der Kommission vor, einen Feldversuch mit dem von der Firma WANG angebotenen integrierten Text- und Datenverarbeitungssystem unter Einschluß der Landes- und Kreisverbände durchzuführen. Die Bundesgeschäftsstelle soll im Rahmen dieser Versuche gleichzeitig die Voraussetzungen für ein Rahmenvertragsabkommen überprüfen."

Diese Entscheidung der Kommission wurde noch einmal von einem externen, neutralen Gutachter geprüft und beurteilt.

#### Der Projektstand heute

Nach den geschilderten Vorarbeiten und Entscheidungen der Kommission und nach der Beratung durch den Gutachter, wurde im Oktober 1982 ein Rahmenvertrag zwischen der CDU und Wang abgeschlossen, der für die CDU und ihre Gliederung günstige Konditionen bietet.

Nach dieser grundsätzlichen Entscheidung wurde der Aufbau des Systems in Angriff genommen: Die CDU-Bundesgeschäftsstelle erhielt ein Wang-System VS 100, das allen Ansprüchen des Netzwerkaufbaus genügt. Weitere 10 Landes- und Kreisverbände kamen nach und nach hinzu und orderten ihre eigenen Systeme.

Inzwischen geht die Entwicklung zum Verbundsystem auf zwei Schienen weiter:

- Einmal laufen in der Bundesgeschäftsstelle die Arbeiten an der Umstellung der "Zentralen Mitgliederkartei" und deren Erweiterung zu einem "Zentralen Datenpool der CDU" auf Hochtouren. Damit wird die Voraussetzung dafür geschaffen, daß dem Daten- und Textverarbeitungssystem die notwendigen Informationen zur Verfügung stehen.

- Zum anderen wird die Entwicklung der zum Netzwerk und zur Abarbeitung in den Außenstellen notwendigen Programme vorangetrieben. So wird gewährleistet, daß die Systeme, sowohl im Verbund als auch dezentral, in naher Zukunft optimal arbeiten können

Aber auch ohne die noch zu entwickelnden Programme bringt die Einführung der integrierten Text- und Datenverarbeitungssysteme den Betroffenen schon erhebliche Vorteile.

So trägt - was nicht übersehen werden sollte - die standardmäßig in allen Systemen vorhandene Textverarbeitung zur Rationalisierung der Bürokommunikation bei.

Überdies geben bereits fertiggestellte Programme die Möglichkeit zur Adressenverwaltung auf den kleineren Systemen.

Im Bereich der Bundesgeschäftsstelle hat das neue System bereits im Bundestagswahlkampf 1983 zur Steigerung der Schlagkraft der Partei erheblich beigetragen:



- Der gesamte zentrale Bundesrednereinsatz wurde, unterstützt durch ein entsprechendes Programm, über das Wang-System gesteuert und koordiniert. Dadurch konnte der Rednereinsatz im wesentlichen mit dem vorhandenen Personal abgewickelt werden.

- Die Pressearbeit der Partei konnte durch speziell entwickelte Software für die Verwaltung von Presseverteiltern intensiviert werden. Der Durchgriff auf die Lokalpresse - wichtig im Zusammenhang mit dem Rednereinsatz - wurde möglich.

- Der im Textverarbeitungssystem integrierte Fotosatz ermöglichte in der entscheidenden Wahlkampfphase die notwendig schnelle und rationelle Produktion von Einladungen, Broschüren, Flugblättern und anderen Texterzeugnissen. Die vielseitige Verwendbarkeit der Anlage und ihre beachtlichen Textverarbeitungsfähigkeiten kamen hier der CDU in ihrem Wahlkampf voll zugute.

- Die Netzwerkfähigkeit des Systems erlaubte es, die kommentierenden Flugblätter zu ausgewählten Sendungen der Fernsehanstalten noch in der Nacht als fertiges Textdokument per DFÜ an die schon angeschlossenen Gliederungen zu versenden.

#### Zukünftige Entwicklungen

Damit das System seine volle Leistungsfähigkeit erhält, sind in Zukunft noch wesentliche Programmkonzeptionen und deren Entwicklung notwendig, z.B.:

- Realisierung des "Datenpools der CDU" bei der Bundesgeschäftsstelle mit Programmen für Adressenverwaltung, Beitragseinzug, Statistik, Zeitungsver-sand, Organisationshandbuch und Datenfernübertra-gung der Mitglieidersätze
- Programmpaket "Kalendarium" (bereits in der Testphase)
- Kongreßstätten-Informationssystem
- Geburtstagsdatei
- Einladungswesen für Kongresse und Parteitage
- Finanzbuchhaltung incl. Lohn- und Gehaltsabrech-nung
- Beitragseinzug für die Kreisverbände
- Wahl- und Sozialstrukturdatenbank
- Informationsdatenbank (Textdokumente)

Alle genannten Programmpakete können ganz oder teilweise von den angeschlossenen Gliederungen übernommen werden, soweit deren Systemkonfiguration und -kapazität dies erlaubt.

Generell bleibt festzuhalten: Die CDU dürfte heute bereits einen technologischen Vorsprung vor anderen Parteien von mindestens 2-3 Jahren besitzen.

### 3.4 Unterstützung von Landtagswahlkämpfen

#### 3.4.1 Überblick

Im Berichtszeitraum fanden sieben Landtagswahlen statt:

Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus: 10.05.1981

Landtagswahl Niedersachsen: 21.03.1982

Wahl zur Hamburger Bürgerschaft: 06.06.1982

Landtagswahl Hessen: 19.09.1982

Wahl zur Hamburger Bürgerschaft: 19.12.1982

Landtagswahl Rheinland-Pfalz: 06.03.1983

Landtagswahl Schleswig-Holstein: 13.03.1983

In Absprache mit den einzelnen Landesverbänden gab die Bundesgeschäftsstelle die größtmögliche Unterstützung:

1. Die Bundesgeschäftsstelle organisierte den Bundesrednereinsatz.
2. Die Bundesgeschäftsstelle stellte technisches Material wie Lautsprecheranlagen und Tonbusse zur Verfügung. Darüber hinaus wurde nach Wunsch der Großbus der Bundespartei für den jeweiligen Spitzenkandidaten zur Verfügung gestellt.
3. Der jeweiligen Landespartei wurde der fachliche Rat in der werblichen Beratung zur Verfügung gestellt.
4. In jeweiliger Absprache mit dem Landesverband erstellte die CDU-Bundesgeschäftsstelle zu bundespolitischen Themen Argumentationsmaterialien und Musterreden.

In ganz besonderer Weise wurden die Wahlen in Berlin und Hamburg unterstützt. Zur Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 10. Mai 1981 stellte die CDU-Bundesgeschäftsstelle eine Wahlkampfgruppe mit fünf Mitarbeitern ab, die ein Viertel Jahr lang zusammen mit der Landesgeschäftsstelle den Wahlkampf führte. Auch zur Hamburger Bürgerschaftswahl wurde ein Mitarbeiter voll abgestellt, ein weiterer Mitarbeiter leitete die gesamte werbliche Arbeit für diesen Wahlkampf.

### 3.4.2. Rednereinsatz im Rahmen von Landtagswahlkämpfen

In den Landtagswahlkämpfen in Niedersachsen, Hamburg, Hessen, Bayern, alle 1982, sowie in Schleswig-Holstein 1983 im Anschluß an die Bundestagswahl, wurde, in Absprache mit den jeweiligen CDU-Landesverbänden und der CSU-Landesleitung, ein zentral gesteuerter Rednereinsatz von Seiten der CDU-Bundesgeschäftsstelle durchgeführt.

#### Landtagswahl Niedersachsen

In der Zeit vom 24.02. bis 20.03.1982 fanden an 45 Einsatztagen 98 Wahlkampfveranstaltungen statt, die von 21 Bundesrednern durchgeführt wurden. Von Seiten der CSU wurden an 3 Einsatztagen 9 Einsatztermine von 3 CSU-Rednern durchgeführt.

#### Bürgerschaftswahl Hamburg

Im Zeitraum vom 5.5. bis 5.6.1982 wurden an 8 Einsatztagen 18 Einsatztermine von 8 Bundesrednern durchgeführt. Für den Bürgerschaftswahlkampf am 19. Dezember wurde kein Rednereinsatz gewünscht.

#### Landtagswahlkampf Hessen

Im Vorwahlkampf vom 12.6. bis 5.8.1982 wurden an 3 Einsatztagen von 3 Rednern, 6 Vorwahlkampfeinsätze durchgeführt. Im Zeitraum vom 25.8. bis zum 25.9.1982 wurden an 92 Einsatztagen 190 Wahlkampfeinsätze (einschließlich der Vorwahlkampftermine) von 26 Bundesrednern durchgeführt, davon entfallen auf die CSU 4 Einsatztage mit 11 Wahlkampfeinsätzen, die durchgeführt wurden von CSU-Politikern.

### Landtagswahl Bayern

Im Landtagswahlkampf Bayern wurden von 24 CDU-Bundesrednern an 61 Einsatztagen insgesamt 107 Einzeltermine durchgeführt. In dieser Aufstellung sind auch die Festzeltveranstaltungen enthalten, die in den Monaten Juli und August 1982 durchgeführt wurden.

### Landtagswahl Schleswig-Holstein

Während des Rednereinsatzes in der Woche nach der Bundestagswahl vom 7.3. - 12.3.1983 wurden insgesamt 20 Wahlkampftermine von 11 Bundesrednern an 13 Einsatztagen durchgeführt. Hiervon entfiel auf die CSU ein Einsatztag mit 2 Einsätzen von einem CSU-Bundesredner.

Für die zentralen Rednereinsätze bei den o. a. Landtagswahlkämpfen wurden von der Bundesgeschäftsstelle 297 Tonbuseinsätze durchgeführt.

### Ruhrgebietsaktion

Die CDU in Nordrhein-Westfalen hat in der Zeit vom 25. September bis 02. Oktober 1982 eine Aktionswoche im Ruhrgebiet durchgeführt. In dieser Woche führten 27 CDU-Redner 89 Veranstaltungen durch.

### Referentenvermittlung

In der Zeit vom 5.11.1982 bis zum 30.4.1983 wurden aus dem vorpolitischen Raum 140 Anfragen nach Rednern und Repräsentanten an den CDU-Bundesvorstand und die CDU-Bundesgeschäftsstelle gerichtet.

Es konnten 102 Zusagen, davon 5 Zusagen von CSU-Politikern, gegeben werden; 32 Anfragen wurden an die CDU-Landesverbände und CDU-Kreisverbände weitergeleitet.

Es mußten 6 Absagen aus kurzfristigen Terminverschiebungen erfolgen.

Die Referentenvermittlung gestaltet sich zunehmend schwieriger, da die Anfragen sehr häufig kurzfristig erfolgen, und die Termine bei den Referenten dadurch bereits vergeben sind. Dadurch müssen über Gebühr hinaus viele telefonische Kontakte aufgenommen werden.

#### 4. Die Mitgliederentwicklung der CDU

##### 4.1. Die Mitgliederzahlen der CDU im langjährigen Trend: Ständiges Wachstum

Seit Jahren fällt die jährliche Mitgliederbilanz der CDU - im Gegensatz zur SPD - bundesweit positiv aus:

Nachdem Helmut Kohl am 12. Juni 1973 den Parteivorsitz übernahm, erhöhte sich bis Ende 1982 die Zahl der CDU-Mitglieder um rund 70 Prozent von 422.968 auf 718.889.

Im Vergleich zum Jahresende 1971 hat sie sich - bei konstant positiven Veränderungsraten - sogar mehr als verdoppelt.

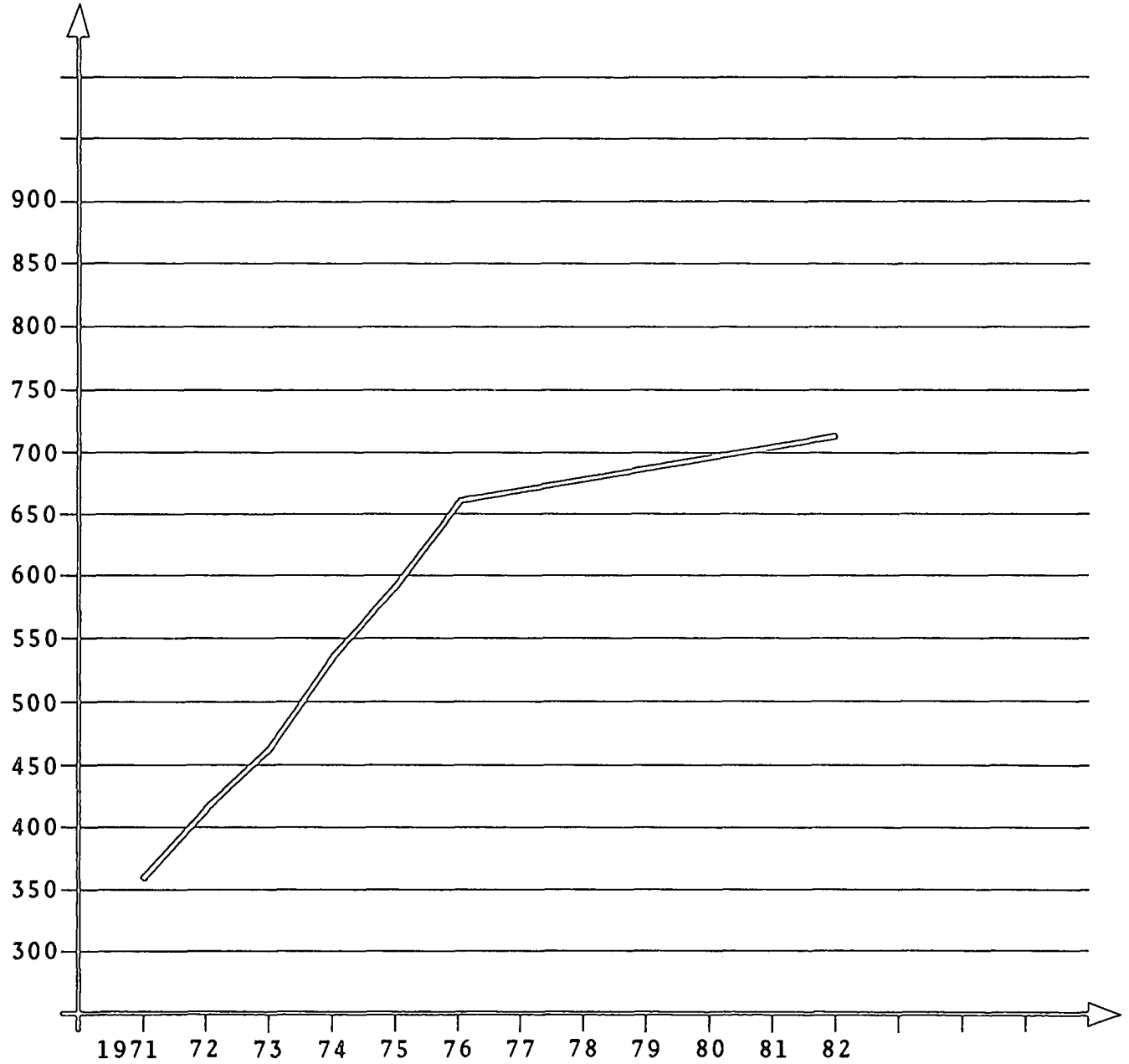
Mitgliederentwicklung der CDU seit 1971  
(jeweils Jahresende)

	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Mitglieder	355.745	422.968	457.393	530.500	590.482	652.010
Veränderung zum Vorjahr %	+ 8,1	+ 18,9	+ 8,1	+ 16,0	+ 11,3	+ 10,4
Index 1971 = 100	100,0	118,9	128,6	149,1	166,0	183,3
	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Mitglieder	664.214	675.286	682.781	693.320	705.116	718.889
Veränderung zum Vorjahr %	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,7	+ 2,0
Index 1971 = 100	186,7	189,8	191,9	194,9	198,2	202,1

# Entwicklung des CDU-Mitgliederbestandes

1971 bis 1982  
(jeweils Jahresende)

Mitglieder  
in Tausend



Jahresende



#### 4.2. Veränderungen seit dem letzten Parteitag: Bald drei Viertel Millionen Mitglieder

Ende November 1981 wurden 704.533 CDU-Mitglieder gezählt. Seitdem hat sich Monat für Monat die Zahl der Mitglieder erhöht. Bis zum Regierungswechsel im Oktober 1982 schwankten dabei die Zuwachsraten im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat zwischen + 1,4 Prozent und + 1,7 Prozent.

Seit dem Herbst 1982 gehen die Wachstumsraten kontinuierlich nach oben: Im März 1983 wurde mit 3,2 Prozent der höchste prozentuale Zuwachs seit November 1981 erreicht. Inzwischen weist die CDU-Bilanz per 1. März 1983 einen Bestand von 729.707 Mitgliedern aus.

Für das Jahr 1982 bedeutet diese Entwicklung: Die CDU konnte allein in diesem Jahr ihren Bestand um 13.773 Mitglieder bzw. um 2 Prozent erhöhen. Dies ist die höchste jährliche Zuwachsrate, die seit dem enormen Mitgliederschub Anfang der 70er Jahre realisiert werden konnte.

Die Mitgliederentwicklung seit November 1981  
(jeweils Monatsende)

		<u>1981</u>					
		Nov.	Dez.				
Mitglieder Diff. z. Vormonat Veränderung z. Vorjahresmonat %	Mitglieder	704.533	705.116				
	Diff. z. Vormonat	+ 837	+ 583				
	Veränderung z. Vorjahresmonat %	+ 1,6	+ 1,7				
		<u>1982</u>					
		Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Mitglieder Diff. z. Vormonat Veränderung z. Vorjahresmonat %	Mitglieder	705.196	705.584	707.184	708.961	710.362	711.344
	Diff. z. Vormonat	+ 80	+ 388	+ 1.600	+ 1.777	+ 1.401	+ 982
	Veränderung z. Vorjahresmonat %	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5
		<u>1982</u>					
		Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Mitglieder Diff. z. Vormonat Veränderung z. Vorjahresmonat %	Mitglieder	711.622	711.677	712.924	715.343	717.670	718.889
	Diff. z. Vormonat	+ 278	+ 55	+ 1.247	+ 2.419	+ 2.327	+ 1.219
	Veränderung z. Vorjahresmonat %	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,0
		<u>1983</u>					
		Jan.	Febr.	März			
Mitglieder Diff. z. Vormonat Veränderung z. Vorjahresmonat %	Mitglieder	719.838	722.661	729.707			
	Diff. z. Vormonat	+ 949	+ 2.823	+ 7.046			
	Veränderung z. Vorjahresmonat %	+ 2,1	+ 2,4	+ 3,2			

#### 4.3. Strukturverschiebungen: Profil der Volkspartei nimmt weiter zu

Vom Oktober 1982 bis zum 31. März 1983 hat sich die Zahl der CDU-Mitglieder im Saldo (von 712.924 auf 729.707) um 16.783 erhöht.

Im langjährigen Vergleich über fast zehn Jahre (Vergleichspunkt = 31. 12. 1973) zeigt sich, daß sich die Struktur der CDU-Mitgliedschaft bis Ende 1982 in Teilbereichen bereits deutlich verändert hat:

- Der Anteil der Männer sank von 84 auf 79 %, analog stieg der Frauenanteil von 16 auf 24 %,
- der Prozentsatz an Katholiken verringerte sich von 66 auf 59 %, während die Protestanten ihren Anteil auf 34 % (vorher 30 %) steigerten,
- bei einem leicht rückläufigen Anteil der Selbständigen (28 : 25 %) blieb der Arbeiterbereich seit Jahren konstant, der Angestelltenanteil nahm hingegen zu.

## Sozialstruktur der CDU-Mitglieder

	CDU-Mitglieder insgesamt am 31.03.1983 %	Neumitglieder 1.10.82 - 31.03.83 %
Männer	79	73
Frauen	22	27
unter 33 Jahren	12	29
33 - 42 Jahre	22	27
43 - 52 Jahre	28	21
53 - 62 "	20	11
63 - 72 "	10	6
73 - 82 "	6	2
83 Jahre und älter	2	4
evangelisch	34	40
katholisch	59	50
ledig	19	26
verheiratet	74	64
Selbständig *)	33	30
Arbeiter *)	14	14
Angestellte *)	37	43
Beamte *)	16	14
*) Summe der 4 Berufsgruppen = 100%		

#### 4.4. Entwicklung in den Landesverbänden

Mitgliederentwicklung in den Landesverbänden				
Landesverbände	Mitgliederbestand am		Veränderung 81/83 in Prozent	Anteil der CDU-Mitgl. an den CDU- Wählern %
	30.11.1981	31.3.1983		
Nordrhein-Westfalen	260.440	270.276	+ 3.8	5.4
- Rheinland	131.733	138.382	+ 5.1	-
- Westfalen-Lippe	128.707	131.894	+ 2.5	-
Niedersachsen	106.037	108.789	+ 2.6	4.9
- Hannover	77.612	79.394	+ 2.3	-
- Oldenburg	17.653	18.327	+ 3.8	-
- Braunschweig	10.772	11.068	+ 2.7	-
Baden-Württemberg	87.959	92.502	+ 5.2	3.1
Rheinland-Pfalz	77.732	79.533	+ 2.3	6.4
Hessen 68.694	70.800	+ 3.1	4.4	
Schleswig-Holstein	40.660	42.843	+ 5.4	5.3
Saarland	30.517	30.789	+ 0.9	9.1
Berlin 15.859	15.984	+ 0.9	2.6 <sup>1)</sup>	
Hamburg	13.025	14.248	+ 9.4	3.4
Bremen 3.610	3.943	+ 9.2	2.5	
Bundesgebiet (ohne Bayern)	704.533	729.707	+ 3.6	4.7
1) Berlin: Wahl zum Abgeordnetenhaus				

## 5. Wahlergebnisse und Mandatsverteilungen in den Ländern

Die CDU ist die stärkste kommunalpolitische Kraft.

Sie hat in allen Bundesländern - mit Ausnahme von Bremen und Hamburg - die Mehrheit der Oberbürgermeister und der Landräte.

Vergleicht man die augenblickliche Situation mit der von 1977, so zeigt sich klar die stetig steigende Bedeutung der CDU im kommunalen Bereich.

Wurden 1977 von den 79 Oberbürgermeistern der kreisfreien Städte erst 30 von der CDU gestellt, stieg diese Zahl auf 43 im Jahre 1983 (bei insgesamt 77 Oberbürgermeistern). Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, daß es der CDU gelungen ist, größere Einbrüche in vormals von der SPD dominierte städtische Ballungszentren zu erzielen.

In noch größerem Maße fällt die Stärke der CDU auf Landratsebene ins Auge. Während 1977 von den 172 (1983: 165) Landräten bereits 109 von der CDU gestellt wurden, erhöhte sich diese Zahl auf 129 im Jahre 1983. Dies bedeutet insgesamt, daß die CDU gegenwärtig allein drei Viertel der Landräte und mehr als die Hälfte der Oberbürgermeister stellt.

Dieses Ergebnis verschiebt sich noch mehr zugunsten der CDU, wenn man die Oberbürgermeister der nicht kreisfreien Städte hinzuzählt, die es aufgrund der unterschiedlichen Rechtslage in Baden-Württemberg bei Städten und Gemeinden mit über 20 000 Einwohner, aber auch in anderen Bundesländern gibt.

## Oberbürgermeister und Landräte der CDU

### Baden-Württemberg

Von 8 Oberbürgermeistern  
in kreisfreien Städten stellt die CDU 4 (SPD 2) Parteilos (1)  
Vakant (1)  
Von 34 Landräten stellt die CDU 25 (SPD 1) Parteilos (7)  
Vakant (1)

### Berlin

Von 12 Bezirken stellt die CDU 10 Bezirksbürgermeister (SPD 2)

### Bremen

Die CDU stellt keinen Oberbürgermeister (SPD 2)

### Hamburg

1. Bürgermeister: SPD

### Hessen

Von 5 Oberbürgermeistern stellt die CDU 3 (SPD 2)  
Von 21 Landräten stellt die CDU 12 (SPD 7, FWG 1,  
Parteilos 1)

### Niedersachsen

Von 9 Oberbürgermeistern stellt die CDU 7 (SPD 2)  
Von 38 Landräten stellt die CDU 33 (SPD 4, FDP 1)

### Nordrhein-Westfalen

Von 23 Oberbürgermeistern stellt die CDU 8 (SPD 15)  
Von 31 Landräten stellt die CDU 25 (SPD 6)

### Rheinland-Pfalz

Von 12 Oberbürgermeistern stellt die CDU 7 (SPD 5)  
Von 24 Landräten stellt die CDU 18 (SPD 5, Vakant 1)

### Saar

Die CDU stellt keinen Oberbürgermeister (SPD 1)  
Von 6 Landräten stellt die CDU 5 (FDP 1)

### Schleswig-Holstein

Von 4 Stadtpräsidenten stellt die CDU 4 (SPD 0)  
Von 11 Kreispräsidenten stellt die CDU 11 (SPD 0)

---

X) Diese Angaben wurden dem Organisations-Handbuch der CDU entnommen und durch telefonische Rückfragen bei den Landesgeschäftsstellen am 2.05.1983 aktualisiert.

KOMMUNALE MANDATSTRÄGER  
SPD, FDP und sonstige Parteien  
in Bundesländern (außer Bayern)

Länder	insgesamt	CDU	SPD	FDP	Sonstige
Schleswig-Holstein	12 380	4 181	2 597	323	5 279
Hamburg	400	158	213	.0	GAL 29
Niedersachsen	29 892	14 965	10 380	1 586	2 961
Bremen	454	158	238	46	12
Nordrhein- Westfalen	20 263	10 113	8 372	1 171	607
Hessen	14 852	6 451	6 136	654	1 611
Rheinland-Pfalz	29 373	7 854	6 946	645	13 928
Baden-Württemberg	19 962	8 608	4 247	427	6 680
Saarland	1 968	938	889	100	41
Berlin/West	672	337	265	13	57
insgesamt:	130 216	53 763	40 283	4 965	31 205

Quellen: Angaben der statistischen Landesämter



Wahlergebnisse in den Ländern seit 1981 (in Prozenten)

		CDU	SPD	FDP	Grüne	DKP	NPD	Sonstige
Berlin	05/81	48,0	38,3	5,6	7,2 <sup>1)</sup>	0,6 <sup>2)</sup>		
Nieders.	03/82	50,7	36,5	5,9	6,5	0,3		
Hamburg	06/82	43,2	42,7	4,9	7,7 <sup>3)</sup>	0,6		
Hamburg	12/82	38,6	51,3	2,6	6,8 <sup>3)</sup>	0,4		
Hessen	09/82	45,6	42,8	3,1	8,0	0,4		
Rh.-Pfalz	03/83	51,9	39,6	3,5	4,5	0,2	0,1	
Schl.-Holst.	03/83	49,0	43,7	2,2	3,6	0,1		1,3 <sup>4)</sup>

Sitzverteilung

Berlin	05/81	65	51	7	9 <sup>1)</sup>			
Nieders.	03/82	87	63	10	11			
Hamburg	06/82	56	55		9 <sup>3)</sup>			
	12/82	48	64		8 <sup>3)</sup>			
Hessen	09/82	52	49		9			
Rh.-Pfalz	03/83	57	43					
Schl.-Holst.	03/83	39	34					1 <sup>4)</sup>

1) AL = Alternative Liste

2) SEW = Sozialistische Einheitspartei Westberlins

3) GAL = Grün-Alternative-Liste

4) SSW = Südschleswigscher Wählerverband





